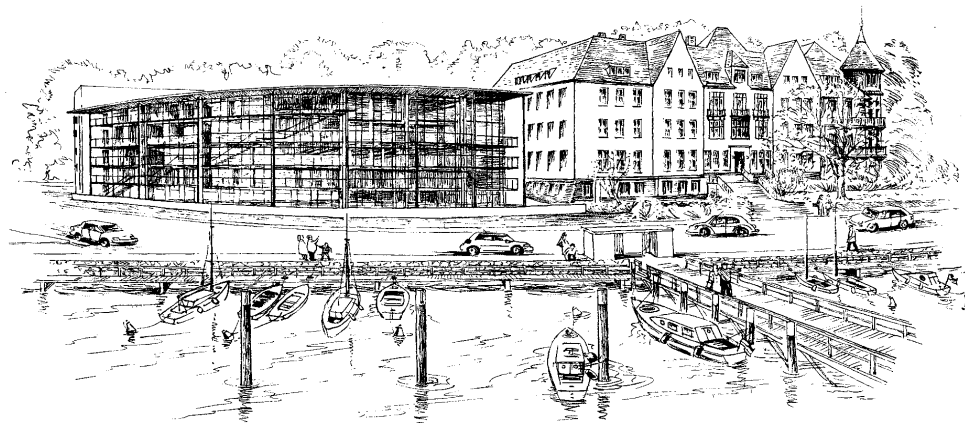

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT KIEL
Prognose-Zentrum



Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2010



Abgeschlossen am 10. März 2010
(Erscheint demnächst als Kieler Diskussionsbeitrag 476/477)

Inhalt

Moderate Erholung in Deutschland – Arbeitsmarkt in erstaunlich guter Verfassung	3
Monetäre Rahmenbedingungen infolge der Euro-Abwertung leicht verbessert	5
Finanzpolitik vor einer Kurswende?	8
Vorerst keine Impulse durch die Nettoexporte	11
Beschleunigter Anstieg der inländischen Verwendung	15
Nur leichter Verbraucherpreisaufrtrieb	17
Vor einem Rückgang der Arbeitslosigkeit	18
Budgetdefizit des Staates bleibt hoch	23
Zur Unsicherheit bei der Prognose in der Finanzkrise	25
Ausblick: Konjunkturelle Erholung gewinnt allmählich an Breite	26
Literatur	30

Moderate Erholung in Deutschland – Arbeitsmarkt in erstaunlich guter Verfassung

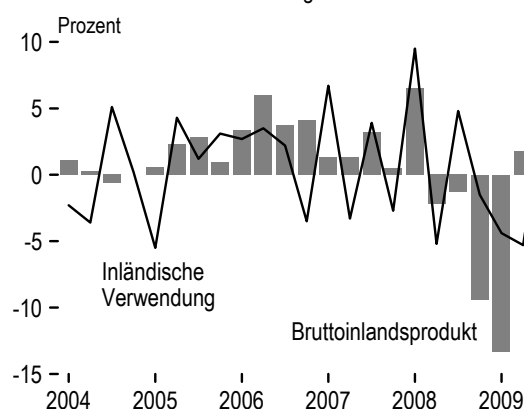
Alfred Boss, Jonas Doovern, Dominik Groll, Carsten-Patrick Meier, Björn van Roye und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Nach einem deutlichen Produktionsumschwung im Sommer 2009 ist die konjunkturelle Erholung in Deutschland ins Stocken geraten. Im ersten Quartal 2010 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt aufgrund der ungewöhnlich kalten Witterung sogar gesunken sein. Die Einbußen dürften jedoch im weiteren Jahresverlauf aufgeholt werden. Unsere Prognose für den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 bleibt unverändert bei 1,2 Prozent. Die Zunahme im Jahr 2011 setzen wir mit 1,8 Prozent etwas niedriger an als in unserer Prognose vom Dezember (2,0 Prozent), vor allem weil die für 2011 geplante Senkung der Einkommensteuer geringer ausfallen dürfte als damals erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen wird 2010 deutlich weniger zunehmen als bisher prognostiziert, 2011 wird sie sogar spürbar sinken.

Die Konjunktur in Deutschland ist nach wie vor fragil. Nach einem deutlichen Produktionsumschwung im vergangenen Sommer ist die Erholung ins Stocken geraten, im Schlussquartal 2009 stagnierte das reale Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 1). Einige Indikatoren deuten darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft sehr schwach in das laufende Jahr gestartet ist. Seit dem ersten Quartal 2009 wurde nur knapp ein Sechstel des vorangegangenen Produktionseinbruchs wettgemacht. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung dürfte zu Beginn dieses Jahres kaum höher gewesen sein als vor einem Jahr.

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004–2009^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*: (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Besserung der Konjunktur beruhte bislang auf zwei Faktoren: Vor allem stiegen die Exporte nach dem massiven Einbruch des Welthandels kräftig. Daneben stabilisierten sich die Lagerdispositionen der Unternehmen; allerdings sind die Vorräte nach den ersten Schätzungen durch das Statistische Bundesamt gegen Jahresende wieder deutlich gesunken. Die inländische Endnachfrage hat hingegen kaum zum Produktionsanstieg beigetragen. Im zweiten Halbjahr sanken die privaten Konsumausgaben deutlich. Zwar zogen die Nettolöhne und -gehälter spürbar an, auch weil die Haushalte bei den Abgaben entlastet wurden. Da die

Kasten

1: Zur Entwicklung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen (Seite 21)

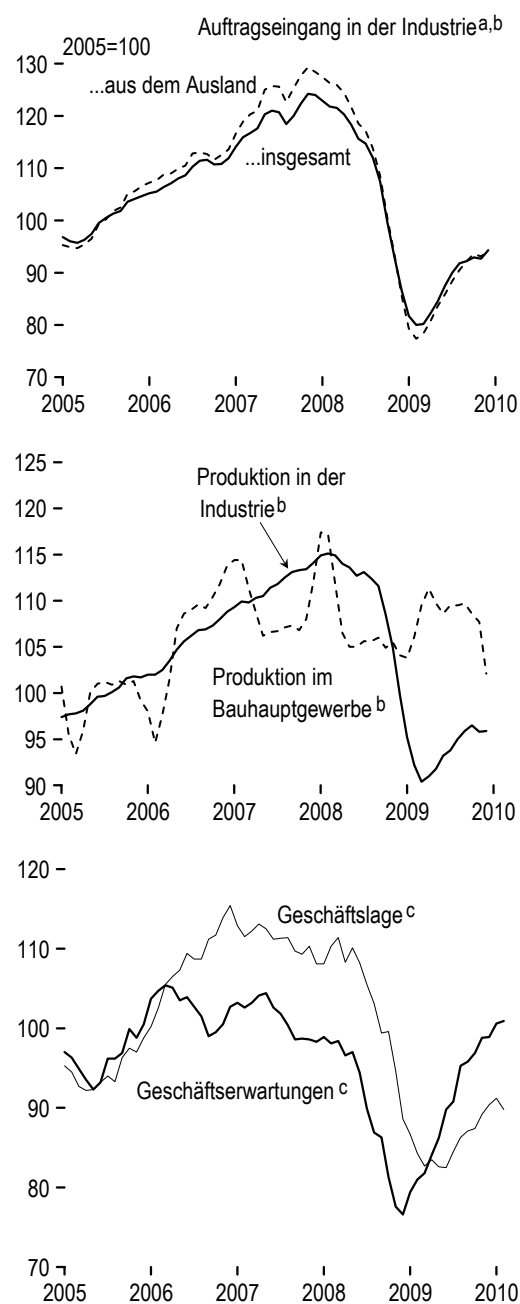
übrigen Einkommen aber drastisch sanken, ging das verfügbare Einkommen im Verlauf des zweiten Halbjahrs zurück, ferner zog die Sparquote leicht an. Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich nach dem scharfen Rückgang stabilisiert, was angesichts der geringen Kapazitätsauslastung bemerkenswert ist. Bei den Bauinvestitionen ist bislang erst ein leichtes Plus zu verzeichnen, obwohl die staatlichen Konjunkturprogramme bereits vor geraumer Zeit ange laufen sind. Alles in allem kann man nicht von einer breiten Erholung der Konjunktur sprechen.

Das Preisklima blieb ruhig. So waren die Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten annähernd stabil. Im Februar betrug die Inflationsrate im Vorjahresvergleich 0,4 Prozent.

Die Lage am Arbeitsmarkt ist weiterhin erstaunlich positiv. Trotz des stark gedrückten Produktionsniveaus hat die Erwerbslosigkeit sehr wenig zugenommen. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen war im Februar dieses Jahres lediglich etwas höher als im Vormonat; hierbei spielte der ungewöhnlich strenge Winter eine Rolle. Die Arbeitslosenquote (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) ist im Verlauf der Rezession nur geringfügig gestiegen und betrug zuletzt 8,2 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen hat zur Jahreswende 2009/10 sogar leicht zugenommen, und die Zahl der Kurzarbeiter war weiter rückläufig.

Für das erste Quartal dieses Jahres erwarten wir, dass das reale Bruttoinlandsprodukt spürbar gesunken ist. Ausschlaggebend ist zum einen, dass die konjunkturelle Grundtendenz nach wie vor schwach ist. Zwar haben sich die Stimmungsindikatoren weiter verbessert (Abbildung 2), doch war die Dynamik nicht groß; zudem war die Produktion in der Industrie zuletzt nur leicht aufwärtsgerichtet. Zum anderen hat der strenge Winter zu einem Einbruch bei der Bautätigkeit geführt; auch der Einzelhandel hat Umfragen zufolge unter der kalten Witterung in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gelitten. Erfahrungsgemäß werden die Produktionseinbußen in der Bauwirtschaft allerdings rasch aufgeholt. Alles in allem gibt es keinen Grund, unsere Prognose vom vergangenen

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2005–2010



^aReal. — ^bSaisonbereinigt, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

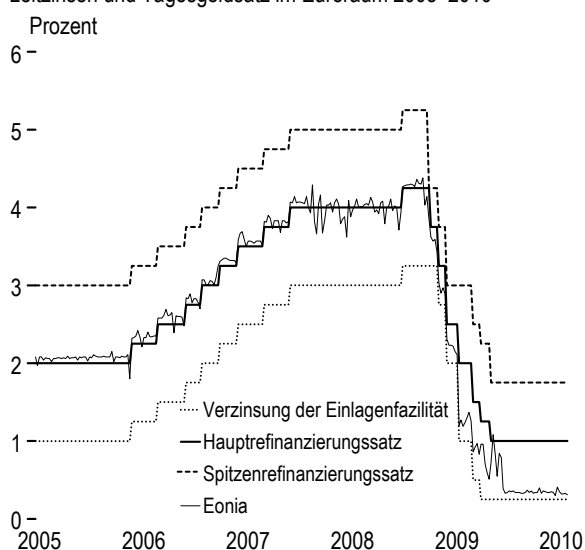
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo-Konjunkturperspektiven (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Dezember zu korrigieren. Für das Jahr 2010 rechnen wir weiterhin mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,2 Prozent.

Monetäre Rahmenbedingungen infolge der Euro-Abwertung leicht verbessert

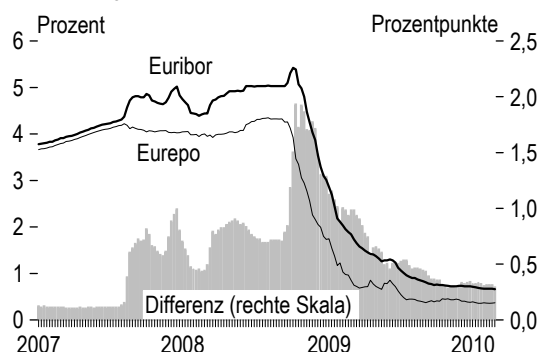
Die monetären Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen drei Monaten leicht verbessert. Von außenwirtschaftlicher Seite wirkte die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar positiv. Der Einfluss der binnenwirtschaftlichen Faktoren blieb annähernd unverändert. So hält die Europäische Zentralbank (EZB) den Hauptrefinanzierungssatz bei 1 Prozent und die Banken haben immer noch einen solch hohen Liquiditätsüberschuss, dass der Tagesgeldsatz (Eonia) weiterhin nur knapp über der Verzinsung der Einlagenfazilität liegt (Abbildung 3). Auch die Lage am Interbankenmarkt für längerfristige Geldmarktgeschäfte hat sich kaum verändert. Der Risikoaufschlag für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) gegenüber dem Satz für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo) stagnierte bei knapp 0,3 Prozentpunkten und ist damit immer noch höher als vor Beginn der Finanzkrise (Abbildung 4). Wir erwarten, dass dieses Niveau, auf das sich der Risikoaufschlag eingependelt hat, auch künftig

Abbildung 3:
Leitzinsen und Tagesgeldsatz im Euroraum 2005–2010



Quelle: EZB (lfd. Jgg.).

Abbildung 4:
Geldmarktsätze für besichertes und unbesichertes
Dreimonatsgeld 2007–2010

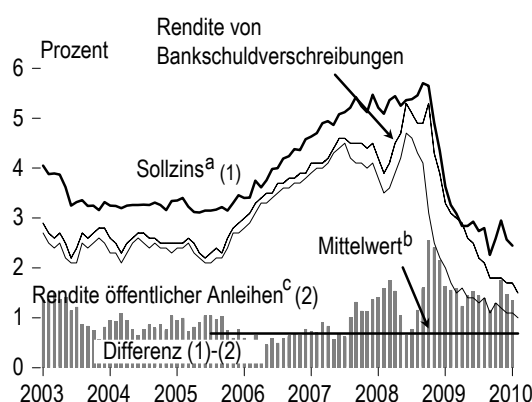


Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Eurepo (2010); eigene Berechnungen.

vorherrschen wird, da die Marktteilnehmer nach den Erfahrungen der Finanzkrise vorerst nicht gewillt sein werden, für das Ausfallrisiko eine geringere Prämie zu akzeptieren.

Nach einem sprunghaften Anstieg im November hat sich der Risikoaufschlag für Unternehmenskredite gegenüber Anleihen der öffentlichen Hand im Dezember und Januar wieder zurückgebildet. Bei gesunkenen Renditen von öffentlichen Anleihen lag der Sollzins für Unternehmenskredite im Januar bei nur noch 2,5 Prozent (Abbildung 5); die Rendite deutscher

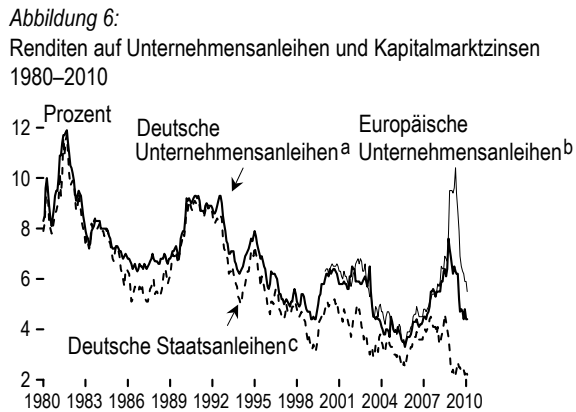
Abbildung 5:
Sollzins der Banken und Kapitalmarktzinsen 2003–2010



^aFür Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr. — ^bÜber den Zeitraum von August 2005 bis Juli 2007. — ^cMit einer Restlaufzeit von 1–2 Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Unternehmensanleihen lag im Februar mit 4,4 Prozent – nach einem vorübergehenden Anstieg im Dezember – auf dem Niveau vom November (Abbildung 6). Insgesamt reduzierten sich die Finanzierungskosten für Unternehmen.



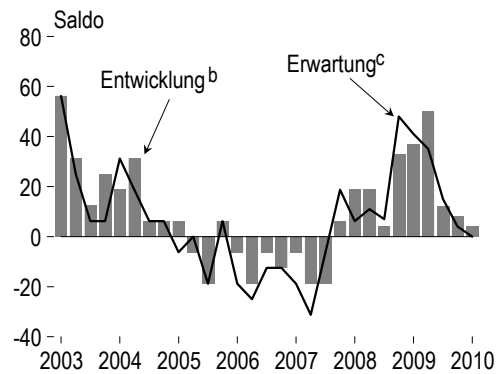
^aMit mittlerer Restlaufzeit von über 3 Jahren. — ^bMit BBB Rating und 5–7-jähriger Laufzeit. — ^cMit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Merrill Lynch via Thomson Financial Datastream; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (Ifd. Jgg.).

Auch Umfragen über die Kreditmarktbedingungen zeigen an, dass sich der Zugang zu Unternehmenskrediten nicht verschlechtert hat. Im *Bank Lending Survey* für Deutschland vom Januar übertraf zum ersten Mal seit Ausbruch der Finanzkrise die Anzahl der Banken, die eine Straffung der Kreditvergaberichtlinien in den nächsten drei Monaten erwarten, jene der Banken, die von einer Lockerung ausgehen, nicht mehr (Abbildung 7). Bei den Faktoren, die die Veränderung der Vergaberichtlinien bestimmen, zeigt sich, dass es vor allem die schlechten gesamtwirtschaftlichen oder branchenspezifischen Konjunkturaussichten sind, die die Banken zu einer restriktiveren Vergabe von Krediten bewegen, während sich die Fremdfinanzierungskosten und die Liquiditätssituation der Banken mittlerweile sogar förderlich auf die Kreditvergabe auswirken (Tabelle 1). Die jüngste Umfrage zur ifo-Kredithürde zeigt, dass sich aus Unternehmenssicht die Probleme bei der Kreditbeschaffung seit ungefähr einem Jahr nicht vergrößert haben, im Februar sank der Index sogar deutlich; es berichten aber immer

noch gut 40 Prozent der Unternehmen über Probleme (Abbildung 8).

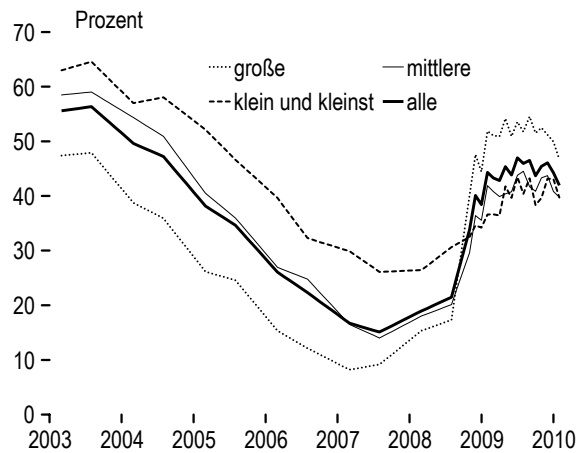
Abbildung 7:
Veränderung der Vergabestandards für Unternehmenskredite 2003–2010^a



^aSaldo aus Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten. — ^bIn den vergangenen drei Monaten. — ^cFür die kommenden drei Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey* (Ifd. Jgg.).

Abbildung 8:
ifo-Kredithürde nach Unternehmensgröße 2003–2010^a



^aAnteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten. Ab November 2008 Monatswerte.

Quelle: ifo-Schnelldienst (Ifd. Jgg.).

Das Volumen der Kredite an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ging im vierten Quartal zum vierten Mal in Folge zurück und

Tabelle 1:

Gründe für die Veränderung der Kreditstandards in Deutschland 2003–2010

	Eigenkapital- kosten	Fremd- finanzierungs- kosten	Liquiditäts- situation	Konjunktur- aussichten	Branchen- und firmen- spezifische Gründe
2003	28	24	8	48	52
2004	11	0	-3	0	5
2005	5	0	-3	8	2
2006	-2	0	-6	-13	-8
2007	3	3	-2	-22	-11
2008	8	20	17	15	15
2009Q1	27	33	23	52	44
2009Q2	25	18	8	54	50
2009Q3	13	-4	-8	31	31
2009Q4	8	0	-8	12	23
2010Q1	8	-4	-20	8	23

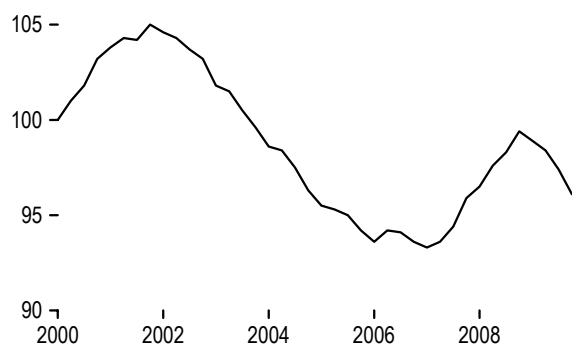
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

lag 3,3 Prozent unter dem Stand von Ende 2008 (Abbildung 9). Im Zyklenvergleich zeigt sich, dass die Entwicklung des Volumens der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen seit Beginn der Rezession noch ein wenig schwächer verlaufen ist als nach der Rezession, die im Jahr 2002 begann (Abbildung 10). Dabei war die Entwicklung während der Jahre 2002 und 2003 schon signifikant schlechter als nach den übrigen Rezessionen nach 1970. Insgesamt besteht weiterhin das Risiko, dass sich aufgrund

Abbildung 9:

Kredite an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors 2000–2009

110 – 2000Q1=100

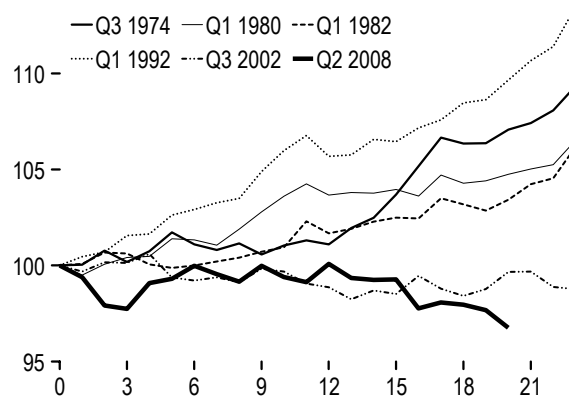


Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bankenstatistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 10:

Zyklusvergleich – Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen^a

115 – Index^b



^aDeflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. — ^bDer erste Wert bezieht sich auf den ersten Monat des Quartals, in dem die Rezession begann, und wurde auf 100 normiert.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Bankenstatistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

von Angebotsrestriktionen und schwacher Nachfrage nach Krediten eine Gemengelage ergibt, die dem Einsetzen eines starken Aufschwungs entgegensteht.¹

Dagegen wirkten die außenwirtschaftlichen monetären Faktoren in den vergangenen Mo-

¹ Vgl. dazu auch die Analyse in Boysen-Hogrefe et al. (2010a).

naten positiv. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen hat sich im ersten Quartal vor allem aufgrund der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um 0,8 Prozent verbessert.

Vor dem Hintergrund der schwachen Entwicklung der breiten Kreditaggregate und der nur sehr moderaten Preissteigerungen wird die Geldpolitik wohl noch längere Zeit expansiv bleiben. Wir erwarten, dass die EZB nicht vor 2011 damit beginnen wird, den Hauptrefinanzierungssatz anzuheben (Tabelle 2). Allerdings wird im Laufe dieses Jahres die reichliche Liquiditätsversorgung der Banken wohl dadurch eingeschränkt, dass weniger längerfristige Refinanzierungsgeschäfte durchgeführt werden und

in einem zweiten Schritt – wie bereits für längerfristige Geschäfte angekündigt – die unbegrenzte Zuteilung von Zentralbankgeld abgeschafft wird. In der Folge dürften der Eonia und der Euribor bis Ende 2010 wieder über 1 Prozent steigen. Die Kapitalmarktzinsen werden allmählich anziehen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar unterstellen wir, dass er bei 1,35 liegen wird. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im laufenden Jahr um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Im kommenden Jahr dürfte sie dann sogar um 1 Prozent abnehmen.

Tabelle 2:
Rahmendaten für die Konjunktur 2009–2011

	2009				2010				2011			
	I	II	III	IV	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Maßgeblicher Leitzins der EZB ^c	1,5	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,3	1,5
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,1	3,4	3,3	3,2	3,2	3,2	3,3	3,4	3,5	3,5	3,7	3,8
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,31	1,40	1,46	1,46	1,38	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^d	93,0	94,0	94,4	94,8 ^a	94,0	94,2	94,4	94,7	95,0	95,2	95,4	95,5
Industrieproduktion im Ausland ^{e,f}	-22,6	-2,3	9,5	4,8	2,7	2,9	3,0	2,9	2,0	2,1	2,3	2,4
Rohölpreis ^g	45,0	59,1	68,4	75,0	75,4	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0

^aGeschätzt. — ^bPrognose. — ^cHauptrefinanzierungssatz. — ^dGegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1999 I = 100; steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. — ^eVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^fIn 45 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. — ^gUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Finanzpolitik vor einer Kurswende?

Die Finanzpolitik stützt die Konjunktur auch im Jahr 2010 spürbar. Der Impuls infolge diskretionärer Maßnahmen beläuft sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 0,9 Prozent. Allerdings wird wohl die Vorschrift, nach der die im Rahmen des Konjunkturpakets II vom Bund geförderten Investitionen der Länder und Kommunen zusätzliche Investitionen sein müs-

sen, gelockert oder ganz entfallen. Zudem stehen den Impulsen endogen dämpfende Effekte entgegen. So bedingt der Einkommensteuertarif zusammen mit den Regeln zur Bestimmung der Bemessungsgrundlage heimliche Steuererhöhungen (Boss et al. 2008); auch reduzieren die Kommunen erfahrungsgemäß ihre Investitionsausgaben, wenn ihre Einnahmen rezessionsbedingt abgeschwächt zunehmen oder gar sinken. Wir veranschlagen den dämpfenden Effekt auf insgesamt rund 6 Mrd. Euro. Per saldo beträgt

damit der finanzpolitische Impuls im Jahr 2010 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 0,7 Prozent, nach 1,4 Prozent im Jahr 2009 (Tabelle 3).

Ab dem Jahr 2011 muss die Finanzpolitik nicht nur die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts, sondern auch die der sogenannten Schuldenbremse beachten (BMF 2009d). Nach der neuen Schuldenregel darf die (um Konjunktoreinflüsse und um finanzielle Transaktionen wie z.B. Darlehensvergabe und Privatisierungsmaßnahmen) bereinigte Nettokreditaufnahme des Bundes ab dem Jahr 2016 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt grundsätzlich nicht mehr als 0,35 Prozent betragen.² Sie muss in den Jahren 2011 bis 2016, basierend auf der strukturellen Nettokreditaufnahme im Jahr 2010, in gleichmäßigen Schritten verringert werden. Der Verschuldungsspielraum bis zum Jahr 2015 ist umso größer, je höher das strukturelle Defizit im Jahr 2010 ist. Die Länder dürfen sich ab dem Jahr 2020 grundsätzlich nicht mehr verschulden.

Der Bund ist in einer günstigeren Ausgangsbasis, als es angesichts des hohen Defizits im Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 scheint. Im Juli 2009 hatte die Bundesregierung für das Jahr 2010 ein strukturelles Defizit des Bundes in Höhe von 39,3 Mrd. Euro errechnet (BMF 2009a: 45). Im Dezember wurde der Entwurf des Bundeshaushalts revidiert; das strukturelle Defizit im Jahr 2010 beträgt jetzt 68,3 Mrd. Euro (BMF 2009c). Der Anstieg des strukturellen Defizits um 29 Mrd. Euro beruht vor allem auf einer veränderten Einschätzung des Konjunktoreinflusses, auf der Berücksichtigung der Mindereinnahmen, die mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossen wurden, sowie darauf, dass der Bund im Jahr 2010 die Bundesagentur für Arbeit statt mit einem Darlehen, das zu den finanziellen Transaktionen zählt, durch einen Zuschuss unterstützen wird; er soll sich auf 16 Mrd. Euro belaufen. Der für das Jahr 2011 absehbare Liquiditätsbedarf der Bundesagentur soll dagegen über ein Darlehen

² Bei Naturkatastrophen und in außergewöhnlichen Notsituationen ist eine zusätzliche Verschuldung erlaubt. Sie muss aber nach einem verbindlichen Plan getilgt werden (BMF 2009d).

gedeckt werden, das als finanzielle Transaktion bei der Berechnung des strukturellen Saldos des Bundes nicht berücksichtigt wird. Die je Jahr erforderliche Reduktion des strukturellen Defizits beträgt daher nach jetzigem Stand zwar knapp 10 Mrd. Euro und ist damit ungefähr doppelt so groß wie im Sommer 2009;³ das nach der aktuellen Planung in den Jahren 2011 bis 2015 maximal mit der neuen Schuldenregel vereinbarte strukturelle Defizit ist aber wesentlich größer als die vergleichbare Größe gemäß dem Haushaltsentwurf vom Juli 2009 (Tabelle 4).⁴

Dies bedeutet, dass das strukturelle Defizit des Bundes im Jahr 2011 selbst dann im Ausmaß des Zuschusses an die Bundesagentur für Arbeit (16 Mrd. Euro) und somit stärker als von der Schuldenregel verlangt abnähme, wenn die Bundesregierung jegliche Konsolidierungsmaßnahmen unterließe. Der Konsolidierungsbedarf für das Jahr 2012 beliefe sich in diesem Fall auf nur 3,4 Mrd. Euro. Ab dem Jahr 2013 betrüge er 9,7 Mrd. Euro je Jahr. Die Bundesregierung würde der Schuldenregel im Jahr 2011 selbst dann gerecht, wenn – bei einem Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen – zum Jahresbeginn 2011 eine Einkommensteuersenkung in Kraft träte, die für den Bund Mindereinnahmen in Höhe von 6,3 Mrd. Euro (und für Bund, Länder und Gemeinden insgesamt Mindereinnahmen in Höhe von 14,8 Mrd. Euro⁵) zur Folge hätte. Für die Jahre ab 2012 wäre der Konsolidierungsbedarf allerdings mit 16 Mrd. Euro deutlich größer als bei einem Verzicht auf eine Steuersenkung.

Angesichts dieser Konstellation könnten die Einsparbemühungen des Bundes gering sein. Auch gibt es für den Bund einen Anreiz, den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2010 auch dann voll zu leisten, wenn diese

³ Wenn das nominale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 größer/kleiner als hier unterstellt ist (2 858 Mrd. Euro), dann sind die Volumina kleiner/größer.

⁴ Vgl. zur Ausgangskonstellation für den Bund auch Deutsche Bundesbank (2010: 76–77).

⁵ Auf den Bund entfallen 42,5 Prozent des Aufkommens der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer.

Tabelle 3:
 Finanzpolitische Impulse^a 2009–2011 (Mrd. Euro)

	2009		2010		2011	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
A. Maßnahmen bis zum September 2009						
Reduktion der Einkommensteuersätze	-1,4	-1,7	-2,8	-3,0	-3,0	-3,2
Rücknahme der Kürzung der Entfernungspauschale	-3,0	-2,4	-1,6	-1,5	-1,2	-1,3
Erhöhung der absetzbaren Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	–	–	-4,0	-4,3	-5,1	-5,6
Sonstige steuerpolitische Maßnahmen ^b	-2,8	-3,8	-4,2	-4,3	-4,1	-3,7
Anhebung des Kindergeldes, Auszahlung des „Kinderbonus“	-2,9	-1,2	-1,1	-1,1	-1,1	-1,1
Änderung der Beitragssätze in der Krankenversicherung ^c	–	-2,6	-2,4	-2,6	-2,5	-2,7
Arbeitslosenversicherung	-1,9	-2,0	-1,9	-2,0	-1,9	-2,1
Pflegeversicherung	1,1	–	1,1	–	1,1	–
Förderung der Kurzarbeit	-0,4	-1,2	-1,0	-0,5	-0,3	0,0
Ausweitung der öffentlichen Investitionen	–	-2,0	-3,6	-4,8	-4,0	-3,0
Gewährung der Abwrackprämie	-1,2	-3,0	-0,8	–	–	–
Eingriffe in die Rentenformel ^d	-0,7	-0,8	-1,5	-1,8	-1,9	-1,9
Sonstige Maßnahmen bei den Ausgaben	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Zusammen	-13,5	-21,2	-24,3	-26,4	-24,5	-25,1
B. Maßnahmen nach der Bundestagswahl						
Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags	–	–	-2,1	-2,2	-2,2	-2,3
Reduktion der Unternehmenssteuern	–	–	-0,2	-0,5	-1,0	-1,2
Senkung der Einkommensteuersätze ^g	–	–	–	–	-5,0	-5,0
Sonstige steuerpolitische Maßnahmen	–	–	-0,5	-0,6	-0,7	-0,8
Zusammen	–	–	-2,8	-3,3	-8,9	-9,3
C. Insgesamt						
	-13,5	-21,2	-27,1	-29,7	-33,4	-34,4
D. Dämpfende Effekte						
Heimliche Einkommensteuererhöhung ^e	0,0	0,0	1,0	1,1	1,8	1,9
Reduktion der öffentlichen Investitionen	0,0	0,1	2,0	1,8	1,6	0,8
Zusammen	0,0	0,1	3,0	2,9	3,4	2,7
E. Erwartete Einsparmaßnahmen^f						
	–	–	–	–	2,0	3,0
F. Insgesamt (Saldo)						
Insgesamt, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt	-13,5	-21,1	-24,1	-26,8	-28,0	-28,7
darunter:						
Maßnahmen mit unmittelbarem Effekt auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ^h	-10,3	-12,3	-14,7	-15,6	-20,7	-22,2
dito, im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen	-1,3	-1,6	-1,9	-2,0	-2,6	-2,7

^aAuswirkungen der Konjunkturpakete, der Reaktionen auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts sowie sonstiger (teils prognostizierter) Maßnahmen auf den Budgetsaldo des Staates – gemessen an den Verhältnissen im Jahr 2008 – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Ausnahme: Auswirkung der Kürzung der Entfernungspauschale). — ^bVor allem befristete Einführung der progressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter. — ^cEffekt aus Erhöhung der Ausgaben und Änderung des Beitragssatzes. — ^dEinschließlich der Auswirkungen z.B. auf den Regelsatz des Arbeitslosengeldes II. — ^eNur Effekt auf das Lohnsteueraufkommen. — ^fInsbesondere bei Subventionen, Vermögensübertragungen und Sachaufwendungen. — ^gPrognose. — ^hEinfluss der Beitragssatzänderungen zu 50 Prozent einbezogen.

Quelle: BMF (lfd. Jgg.); BMF (2009b); Boss et al. (2009); Sachverständigenrat (2009); eigene Berechnungen.

– wie angesichts unserer Prognose für den Arbeitsmarkt absehbar – einen geringeren Zuschuss benötigt; eine Reduktion würde die Konsolidierungsaufgabe vor allem im Jahr 2012 erschweren. Allerdings scheinen im Zuge der Beratung des Haushalts 2010 das strukturelle und

das unbereinigte Defizit des Bundes etwas verringert zu werden. Dies deutet darauf hin, dass ein Verstoß gegen die Grundeinstellung, die zur Einführung der Schuldenregel führte, unterbleiben könnte.

Tabelle 4:
Nach der Schuldenregel zulässige Neuverschuldung des Bundes (Mrd. Euro)^a

	Entwurf Sommer 2009	Entwurf Dezember 2009
2010	39,3	68,3
2011	34,4	58,6
2012	29,5	48,9
2013	24,7	39,2
2014	19,8	29,4
2015	14,9	19,7
2016	10,0	10,0

^a Ausgangslage im Jahr 2010 und Implikationen für die Jahre 2011–2016 gemäß dem Haushaltsentwurf vom Sommer 2009 und gemäß dem Haushaltsentwurf vom Dezember 2009. Es wird angenommen, dass ein Ausnahmetatbestand nicht vorliegt und dass das nominale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2011 bis 2016 um jahresdurchschnittlich 2,5 Prozent zunimmt und sich im Jahr 2016 auf 2 858 Mrd. Euro beläuft.

Quelle: BMF (2009a, 2009c); eigene Berechnungen.

Im Übrigen bräuchten die skizzierten Strategien des Bundes nichts in Bezug auf die Anforderungen, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt stellt; denn diese beziehen sich auf den Staat insgesamt. Die Zahlungen an die Bundesagentur für Arbeit sind innerstaatliche Transaktionen, beeinflussen also den Budgetsaldo des Staates nicht. Eine Steuersenkung würde das Budgetdefizit des Staates vergrößern. Der ECOFIN-Rat hat aber Anfang Dezember 2009 festgestellt, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und empfohlen, im Jahr 2011 mit der Konsolidierung zu beginnen. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates soll ab dem Jahr 2011 um mindestens 0,5 Prozentpunkte je Jahr reduziert werden. Im Jahr 2013 soll das strukturelle Defizit weniger als 3 Prozent betragen. Bis zum 2. Juni 2010 soll die Bundesregierung darlegen, wie den Empfehlungen Rechnung getragen werden soll (BMF 2010c: 43–44). Nach dem aktualisierten Stabilitätsprogramm der Bundesregierung (BMF 2010) sollen die Empfehlungen umgesetzt werden. Konkrete Maßnahmen hat die Bundesregierung aber nicht beschlossen.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwarten wir, dass die Einkommensteuerzahler zum Jahresbeginn 2011, gemessen am Status quo, um 10 Mrd. Euro – und damit halb so viel wie im Koa-

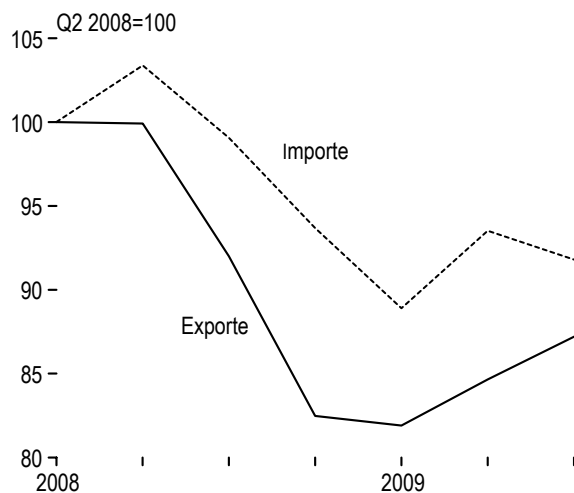
litionsvertrag grundsätzlich vereinbart und bislang von uns erwartet – entlastet werden; ein Teil dieser Entlastung bedeutete lediglich, dass eine heimliche Einkommensteuererhöhung vermieden würde. Gleichzeitig dürften Einsparmaßnahmen sowohl beim Bund als auch bei den Ländern und den Gemeinden wirksam werden. Die Bundesregierung wird wohl Maßnahmen beschließen, die teilweise auch die Länder (beispielsweise über die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben) und die Sozialversicherung (insbesondere die Bundesagentur für Arbeit) betreffen werden. Unter diesen Annahmen wird die Finanzpolitik die Konjunktur im Jahr 2011 nicht stützen. Eine Kurswende in Form einer deutlich restriktiven Politik erwarten wir nicht. Insbesondere rechnen wir damit, dass das strukturelle Budgetdefizit des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nur wenig und nicht – wie vom ECOFIN-Rat empfohlen – um 0,5 Prozentpunkte sinken wird.

Vorerst keine Impulse durch die Nettoexporte

Die Erholung der Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2009 spiegelt sich bei den Ausfuhren wider. Die realen Exporte expandierten in diesem Zeitraum mit einer laufenden Jahresrate von 9,3 Prozent gegenüber dem Halbjahr zuvor. Ausschlaggebend waren wohl vor allem die weltweit expansiven Effekte des Lagerzyklus sowie die anregenden Impulse der Konjunkturprogramme. Das Niveau der Ausfuhren lag gegen Ende des Jahres jedoch noch etwa 13 Prozent unter dem Vorkrisenniveau (Abbildung 11).

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 14,2 Prozent weniger Waren und Dienstleistungen ausgeführt als im Jahr zuvor. Dabei ergibt sich nach Regionen betrachtet ein sehr differenziertes Bild. Besonders stark wurden die Warenexporte nach Russland (–36,6 Prozent), in die Vereinigten Staaten (–24,7 Prozent) und in die europäischen Länder außerhalb des Euroraums (–23,4 Prozent) eingeschränkt. Der Rückgang

Abbildung 11:
Reale Exporte und Importe seit Beginn der Rezession



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3 (Ifd. Jgg.).

der Lieferungen in die ostasiatischen Länder ohne China war mit etwa 7 Prozent deutlich geringer. Nach China konnten die Wareneinfuhren im Jahr 2009 sogar gesteigert werden. Die Länderstruktur der deutschen Exporte hat sich im Zuge der Finanzkrise weiter zugunsten der Schwellenländer verschoben. So erhöhte sich allein der Anteil Chinas in den vergangenen zehn Jahren um etwa 3 Prozentpunkte (Tabelle 5). Auch die europäischen Länder außerhalb der Union und der mittlere Osten gewannen an Gewicht. Am stärksten verringerten sich die Anteile des übrigen Euroraums, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs.

Tabelle 5:
Anteil der deutschen Warenexporte nach Regionen 2000 und 2009^a

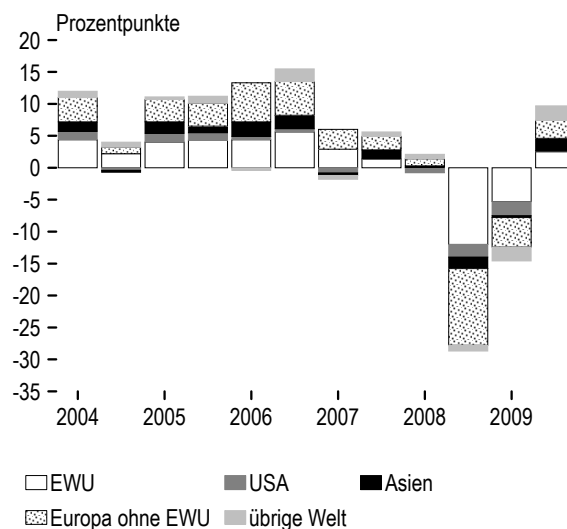
	2000	2009
EU-Länder	64,6	63,2
Übriger Euroraum	45,4	43,3
Andere europäische Länder	8,5	10,5
USA	10,3	6,7
China	1,6	4,5
Mittlerer Osten	2,0	2,9

^aIn Prozent der nominalen Wareneinfuhren.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2010); eigene Berechnungen.

Zum spürbaren Anziehen der Exporte in der zweiten Jahreshälfte trug der Anstieg der Lieferungen in die europäischen Länder außerhalb der Währungsunion, insbesondere in die mittel- und osteuropäischen Länder, maßgeblich bei (Abbildung 12). Zudem stimulierte der kräftige Anstieg der Nachfrage aus den ostasiatischen Schwellenländern den deutschen Export. Zuletzt wurden auch in die Vereinigten Staaten wieder mehr Waren geliefert, nachdem die Ausfuhren dorthin seit dem ersten Quartal 2008 kontinuierlich gesunken waren. Motor waren im Schlussquartal vor allem die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen, die mit einer laufenden Jahresrate von über 60 Prozent zulegten. Die außerordentlich starke Ausweitung geht vor allem auf die Abwrackprämien in wichtigen Absatzmärkten zurück. In die Abnehmerländer mit einer solchen Prämie⁶ gingen zuletzt über 80 Prozent der Kraftfahrzeugexporte.

Abbildung 12:
Wertmäßige Warenexporte nach Regionen 2004–2009^a



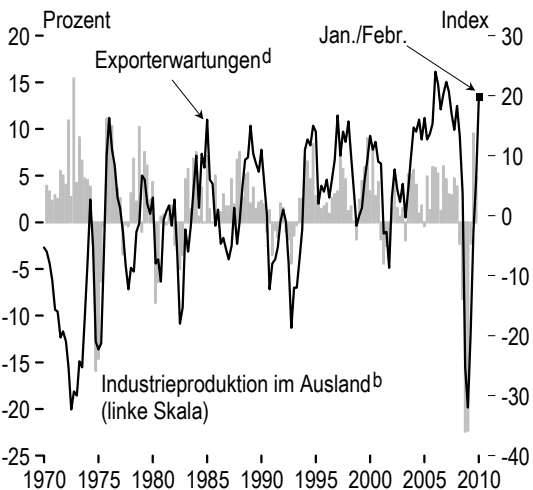
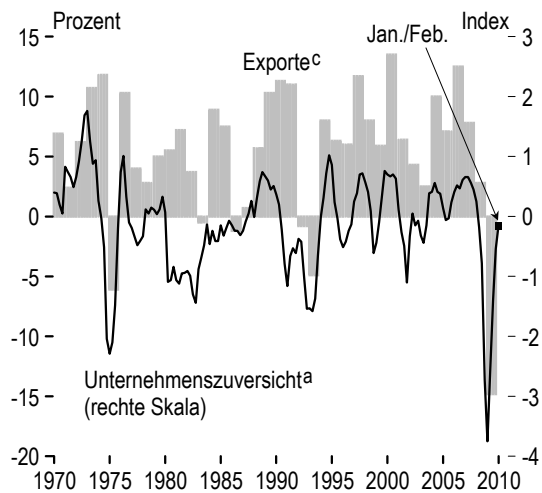
^aHalbjahresdaten. Lundberg-Komponenten in Prozentpunkten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

⁶ Beispiele für solche Länder sind die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und China.

Für das erste Quartal 2010 deuten einige Frühindikatoren auf einen weiteren Zuwachs der Ausfuhren hin. Der von uns berechnete Indikator der Auslandskonjunktur (die mit deutschen Exportanteilen gewichtete Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern) ist weiter aufwärts gerichtet (Abbildung 13). Die

Abbildung 13:
Indikatoren für den deutschen Export 1970–2010

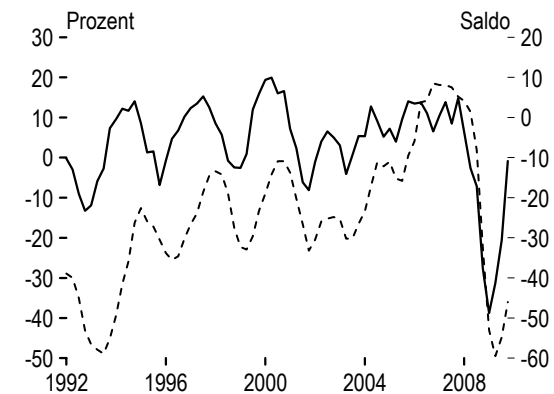


^aIn 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. —
^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. — ^cJahresdurchschnitte. — ^dVerarbeitendes Gewerbe.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Thomson Financial Datastream; ifo-Schnelldienst (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Industrieproduktion der Abnehmerländer expandierte im zweiten Halbjahr mit annualisiert 5,2 Prozent wieder spürbar. Die Exporterwartungen setzten ihre Aufwärtsentwicklung fort und liegen wieder auf ihrem Vorkrisenniveau. Die Auftragseingänge aus dem Ausland deuten ebenfalls auf eine weitere Expansion hin (Abbildung 14); insbesondere die Bestellungen aus Ländern außerhalb des Euroraums legten deutlich zu.

Abbildung 14:
Auslandsaufträge 1992–2009



— Auftragseingänge aus dem Ausland^a
-- Bestand an Auslandsaufträgen (rechte Skala)

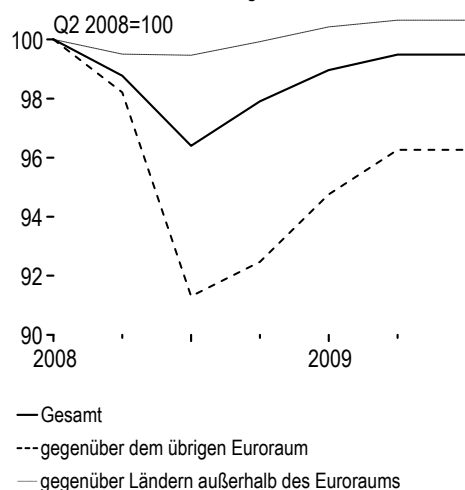
^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Für den weiteren Verlauf des Jahres 2010 rechnen wir mit einer leichten Abschwächung der Ausfuhrdynamik. Die aus dem äußerst niedrigen Exportniveau resultierenden Aufholeffekte dürften sich abschwächen. Zudem dürften mit dem Wegfallen der Abwrackprämie die Kraftfahrzeugexporte durch vorgezogene Käufe im vergangenen Jahr schwächer ausfallen. Im Prognosezeitraum dürften von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage der Handelspartner nur moderate Impulse ausgehen. Viele Länder im übrigen Euroraum, in den fast 50 Prozent der Exporte gehen, leiden noch unter den Folgen der Finanzkrise und haben die Rezession noch nicht überwunden (vgl. Boysen-Hogrefe et al. 2010c). Zudem wird sich die konjunkturelle

Dynamik in den Schwellenländern im Prognosezeitraum etwas abschwächen. Darüber hinaus wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure unter der Annahme konstanter Wechselkurse wohl weiter verschlechtern. Sie ist durch den geringeren Anstieg der Gesamtabsatzdeflatoren in den Abnehmerländern seit dem dritten Quartal 2008 rückläufig (Abbildung 15). Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Wettbewerbsposition insbesondere gegenüber Ländern verschlechtern, in denen die Arbeitskosten durch den merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der Finanzkrise wohl sinken werden.

Abbildung 15:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2008–2009



^aAuf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes gegenüber 36 Ländern; ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (Ifd. Jgg.).

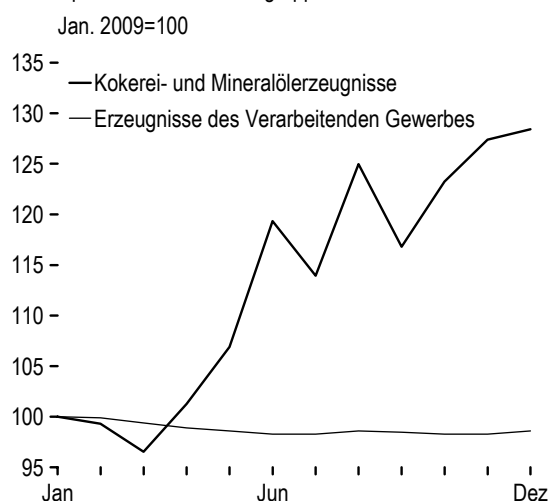
Im Jahresdurchschnitt dürften die Ausfuhren im Jahr 2010 um 7,9 Prozent zulegen. Der relativ kräftige Anstieg resultiert zu einem Großteil aus dem hohen statistischen Überhang von 3,7 Prozent. Aufgrund der insgesamt mäßigen konjunkturellen Dynamik der Wirtschaft der Handelspartner und der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dürften die realen Exporte im Jahr 2011 mit 6,1 Prozent etwas schwächer zulegen.

Die Einfuhren sanken im Jahr 2009 deutlich weniger drastisch als die Ausfuhren. Somit trug der Außenbeitrag im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei (–3 Prozent). Im vierten Quartal haben die Importe bei steigenden Exporten jedoch deutlich abgenommen. Dies ist vor allem auf den starken Rückgang bei Konsumgüterimporten zurückzuführen; sie sanken mit einer laufenden Jahresrate von über 20 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Dabei spielten wohl auch die infolge der Abwrackprämie ins zweite und dritte Quartal vorgezogenen Pkw-Käufe eine Rolle. Die Kraftfahrzeugimporte sanken im Schlussquartal mit einer laufenden Jahresrate von 12 Prozent. Für das erste Halbjahr zeichnet sich durch den deutlichen Anstieg der Binnennachfrage indes eine Zunahme der realen Importe ab, die sich im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums fortsetzen dürfte. Im laufenden Jahr werden die realen Einfuhren voraussichtlich um 8,1 Prozent steigen. Im Jahr 2011 dürften die Einfuhren mit der beschleunigten Expansion der Binnennachfrage um 8,8 Prozent zulegen. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird sich nach der Korrektur im Jahr 2009 im laufenden Jahr wohl stabilisieren. Für das Jahr 2011 rechnen wir mit einem negativen Beitrag von 0,7 Prozent.

Der Rückgang des Importdeflatoren hat sich im Verlauf des Jahres 2009 zwar deutlich abgeschwächt. Er sank jedoch auch im vierten Quartal. Vor dem Hintergrund spürbar gestiegener Importpreise für Mineralöl ist diese Entwicklung bemerkenswert. Die Abnahme resultiert aus dem sinkenden Preisniveau von Importgütern des verarbeitenden Gewerbes ohne Mineralöl (Abbildung 16). Dies deutet darauf hin, dass die weltweit niedrige Kapazitätsauslastung auf die aktuelle Preisentwicklung von Produkten des verarbeitenden Gewerbes durchschlägt. Im Prognosezeitraum dürften die Importpreise unter der Annahme eines konstanten Ölpreises und konstanter Wechselkurse wohl stagnieren.

Die Exportpreise, die im Zuge der niedrigen Kapazitätsauslastung und der damit verbundenen rückläufigen Nachfrage in den Abnehmer-

Abbildung 16:
Einfuhrpreisindex nach Gütergruppen 2009^a



^aDas Gewicht am Gesamtindex der Einfuhrpreise nach dem Systematischen Güterverzeichnis betrug im Jahr 2009 82,9 Prozent für Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes und 2,6 Prozent für Kokerei- und Mineralölherzeugnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (Iff. Jgg.).

ländern ebenfalls spürbar gesunken waren, stiegen im zweiten Halbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 1 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf dürften die Preise für deutsche Exportgüter nur leicht zulegen. Wir rechnen mit einer Zunahme um jahresdurchschnittlich 0,7 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte der Exportdeflator im Zuge der schwachen konjunkturellen Entwicklung in den Abnehmerländern mit einer Rate von 0,5 Prozent wohl noch etwas schwächer steigen. Die Terms of Trade werden sich im Prognosezeitraum leicht verbessern.

Beschleunigter Anstieg der inländischen Verwendung

Von dem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 5 Prozent im Jahr 2009 gingen nur 2 Prozentpunkte auf das Konto der inländischen Verwendung. In allen anderen Rezessionen der Nachkriegszeit war der Produktionseinbruch mit einer gleich kräftigen oder kräfti-

geren Abnahme der Binnennachfrage verbunden gewesen, während der Außenbeitrag konjunkturstabilisierend wirkte. Im vergangenen Jahr nahmen zwar, im Einklang mit dem typischen Rezessionsmuster, die Unternehmensinvestitionen und die Vorratsinvestitionen kräftig ab, während die Konsumausgaben des Staates spürbar ausgeweitet wurden. Anders als in den meisten früheren Rezessionen sanken jedoch die Wohnungsbauinvestitionen nicht, zudem erhöhten sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte leicht. Die Binnennachfrage hat sich damit im Rezessionsjahr als vergleichsweise robust erwiesen.

Zu Jahresbeginn 2010 hat sich die Binnennachfrage vermutlich nur sehr mäßig erhöht. Zwar deutet der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe auf eine gestiegene Nachfrage hin. Aufgrund der ungünstigen Witterung im Januar und im Februar dürfte die Bauproduktion im ersten Vierteljahr gleichwohl deutlich gesunken sein. Erst im zweiten Quartal dürften die *Bauinvestitionen* deutlich steigen, wobei vor allem der Wohnungsbau zulegen dürfte. Hier dürften die niedrigen Zinsen im gesamten weiteren Prognosezeitraum weiter anregend wirken, auch wenn die Impulse mit dem leichten Anstieg des Zinsniveaus im kommenden Jahr etwas nachlassen. Anregungen kommen auch von der staatlichen Förderung von Sanierungsmaßnahmen. Im Jahr 2011 wird der Wohnungsbau zudem durch die deutlich rascher steigenden real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stimuliert (Tabelle 6).

Bei den *Ausrüstungsinvestitionen* zeichnet sich eine Belebung ab. Zwar hat der Rückgang im vierten Quartal 2009 die Zunahme der Investitionen im dritten Quartal mehr als ausgeglichen. Der Auftragseingang aus dem Inland bei Investitionsgüterherstellern war zuletzt aber deutlich im Plus. Dabei ist freilich in Rechnung zu stellen, dass ein Teil des Anstiegs auf Großaufträgen beruht, die erst im weiteren Jahresverlauf produktionswirksam werden dürften. Zudem stimulieren die rückläufigen realen Arbeitskosten und das niedrige Zinsniveau die Investitionen von der Kostenseite. Gleichzeitig haben die Unternehmen jedoch tendenziell Schwierigkeiten, Bankkredite zu bekommen,

Tabelle 6:

Reale Anlageinvestitionen 2008–2011 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2008	2009	2010 ^a	2011 ^a
Anlageinvestitionen	3,1	-8,9	2,2	5,2
Unternehmensinvestitionen	4,0	-13,8	1,2	5,9
Ausrüstungen	3,3	-20,5	2,7	6,6
Sonstige Anlagen	5,3	4,9	7,8	6,7
Wirtschaftsbau	5,3	-3,2	-4,3	4,1
Wohnungsbau	0,5	-0,8	3,1	5,5
Öffentlicher Bau	5,7	5,2	5,5	-1,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,6	-0,8	1,5	4,4

^aPrognose.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

auch wenn von einer Kreditklemme wohl nicht die Rede sein kann. Vor diesem Hintergrund ist mit einer spürbaren Beschleunigung der Investitionstätigkeit erst im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums zu rechnen, wenn sich durch die Verbesserung der weltweiten Konjunkturaussichten die Absatzerwartungen der Unternehmen weiter aufhellen. Dabei wird es in der zweiten Jahreshälfte 2010 wohl in größerem Umfang zu Vorzieheffekten kommen, da die Abschreibungsregelungen ab 2011 weniger günstig sein werden.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden im Prognosezeitraum insgesamt stark zunehmen. Der Bund hat sein Investitionsbudget um 4 Mrd. Euro aufgestockt. Zudem stellt er im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ 10 Mrd. Euro bereit, um (bei geringer Eigenbeteiligung) Investitionen der Kommunen und der Länder anzuregen; beabsichtigt ist, rund 13 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen der Länder und der Gemeinden auszulösen. Allerdings werden die Gemeinden angesichts der deutlichen Verschlechterung ihrer Finanzlage zahlreiche Investitionsprojekte zurückstellen. Die Bauinvestitionen des Staates werden im Jahr 2010 wohl kräftig steigen. Im Jahr 2011 werden sie aber sinken, weil die Konjunkturpakete geringere Effekte entfalten werden; zusätzliche Investitionen, die dem entgegenwirken, wird es wegen der prekären Finanzlage des Bundes, der Länder und der Gemeinden nur in sehr geringem Maße geben.

Die privaten Haushalte sind im Jahr 2009 in erheblichem Umfang von Steuern und Sozialabgaben entlastet worden. Vor allem die Wiedereinführung der Pendlerpauschale und die Verringerung der Einkommensteuersätze schlugen zu Buche. Hinzu kamen erhöhte Transfers, etwa durch die Anhebung des Kindergeldes, aber auch durch die Abwrackprämie. Die Maßnahmen summierten sich auf 23 Mrd. Euro oder 1,4 Prozent in Relation zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und dürften maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die *privaten Konsumausgaben* trotz rückläufiger Lohn- und Gewinneinkommen im Jahresdurchschnitt 2009 – geringfügig – zugenommen haben.

Auch im laufenden Jahr erhalten die privaten Haushalte Impulse vonseiten der Finanzpolitik. Bedeutsam ist vor allem die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung. Hinzu kommt eine erneute Senkung der Einkommensteuersätze. Auch der Eingriff in die Rentenformel – nach altem Rechtsstand hätten die Renten 2010 sinken müssen – wirkt für sich genommen stützend. Andere Maßnahmen, wie etwa die Abwrackprämie, entfallen; von den 5 Mrd. Euro, die für die Abwrackprämie eingeplant worden waren, wurden 4,2 Mrd. im Jahr 2009 verauslagt. Alles in allem ist der Swing des finanzpolitischen Impulses mit rund 8 Mrd. Euro deutlich geringer als im Jahr 2009, aber immer noch nennenswert. Zusammen mit dem Anstieg der Transfers reicht er aus, um den Rückgang der Primäreinkommen der privaten Haushalte mehr als auszugleichen. Zwar steigen die Bruttolöhne und -gehälter etwas, die Gewinneinkommen der privaten Haushalte werden jedoch angesichts sinkender Vermögenseinkommen leicht rückläufig sein. Insgesamt erhöhen sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nominal um 1,2 Prozent und real um 0,4 Prozent. Im Jahr 2011 sollen die Einkommensteuersätze abermals deutlich reduziert werden. Die Entlastung wird wohl vom Volumen her kaum geringer ins Gewicht fallen als die im laufenden Jahr. Da gleichzeitig die Lohneinkommen (+1,6 Prozent) und die Selbstständigeneinkommen (+3,6 Prozent) deutlich

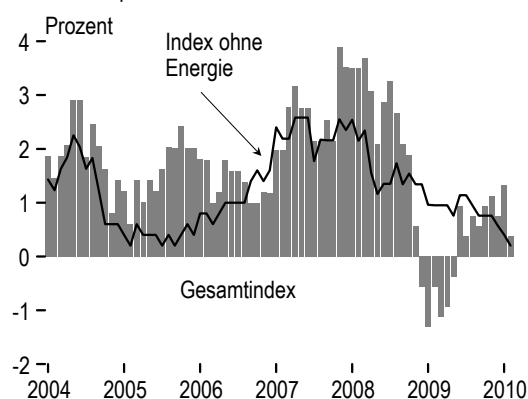
rascher als im Jahr 2010 expandieren, steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar stärker (+2,6 Prozent, real: 1,9 Prozent). Bei leicht anziehender Sparquote werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2011 um 1,8 Prozent zulegen, nach 0,2 Prozent im Jahr 2010.

Nur leichter Verbraucherpreis-auftrieb

Nachdem die Inflationsrate zum Jahreswechsel vornehmlich aufgrund von Basiseffekten auf knapp 1 Prozent gestiegen war, lag sie im Februar bei nur 0,6 Prozent. Der Sechsmontatsvergleich, der die laufende Entwicklung besser widerspiegelt, zeigt mit einer Abnahme auf 0,4 Prozent im Februar noch deutlicher an, dass sich der Preisauftrieb abgeschwächt hat; im Januar lagen die Lebenshaltungskosten noch um 1,3 Prozent (laufende Jahresrate) über ihrem Stand ein halbes Jahr zuvor (Abbildung 17). Auch die Dynamik der Verbraucherpreise ohne Energie hat sich in den vergangenen Monaten verlangsamt; sie lagen im Februar nur noch um 0,2 Prozent über ihrem Stand sechs Monate zuvor.

Für die Prognose treffen wir die Annahmen eines konstanten Ölpreises von 75 US-Dollar je Barrel und eines Wechselkurses des Euros zum US-Dollar von 1,35. Da der Ölpreis während des vergangenen halben Jahres bei kleinen Schwankungen relativ konstant war, dürfte von Seiten der Energiepreise in den kommenden Monaten nur ein leichter – durch die Euroabwertung der vergangenen Wochen ausgelöst – Inflationsschub ausgehen. Aufgrund des vor allem in den Industrieländern schwachen Aufschwungs werden die Preise der nichtenergetischen Importe im Prognosezeitraum wohl stagnieren, so dass von außenwirtschaftlicher Seite bis Ende 2011 keine Beschleunigung der Inflationsdynamik angelegt ist.

Abbildung 17:
Verbraucherpreise 2004–2010^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

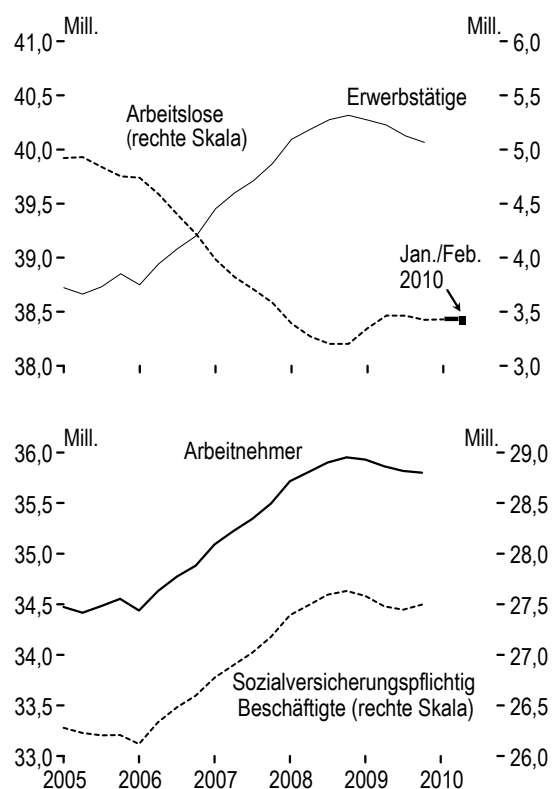
Aus binnenwirtschaftlicher Sicht ist aufgrund des sehr niedrigen Niveaus der Kapazitätsauslastung für den weiteren Verlauf des Jahres ein nur moderater Auftrieb der Verbraucherpreise zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte sich bei anziehender Konjunktur die starke Zunahme der Lohnstückkosten seit Beginn der Rezession bemerkbar machen. Allerdings dürfte ein Teil dieses Anstiegs bis Ende 2011 dadurch wettgemacht werden, dass bei steigender Produktion gehortete Arbeitskräfte wieder voll eingesetzt werden. Alles in allem rechnen wir mit einem leicht beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise.

Vor diesem Hintergrund schätzen wir, dass die Lebenshaltungskosten im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zulegen werden. Im Verlauf des Jahres 2011 dürfte der Preisauftrieb langsam zunehmen, und die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt wohl um 0,8 Prozent steigen.

Vor einem Rückgang der Arbeitslosigkeit

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Monaten das grundlegende Bild kaum verändert. Aufgrund der hohen Bereitschaft der von der Krise betroffenen Unternehmen, ihre Arbeitskräfte zu horten, der unterstützenden Wirkung der Kurzarbeit und der Tatsache, dass viele Branchen kaum von der Krise getroffen wurden, ist die Erwerbstätigkeit im vergangenen Jahr nur moderat gesunken (Abbildung 18); im Dezember und im Januar ist sie sogar leicht gestiegen. Auch die Arbeitslosigkeit ist immer noch vergleichsweise niedrig.

Abbildung 18:
Arbeitsmarkt 2005–2010^a



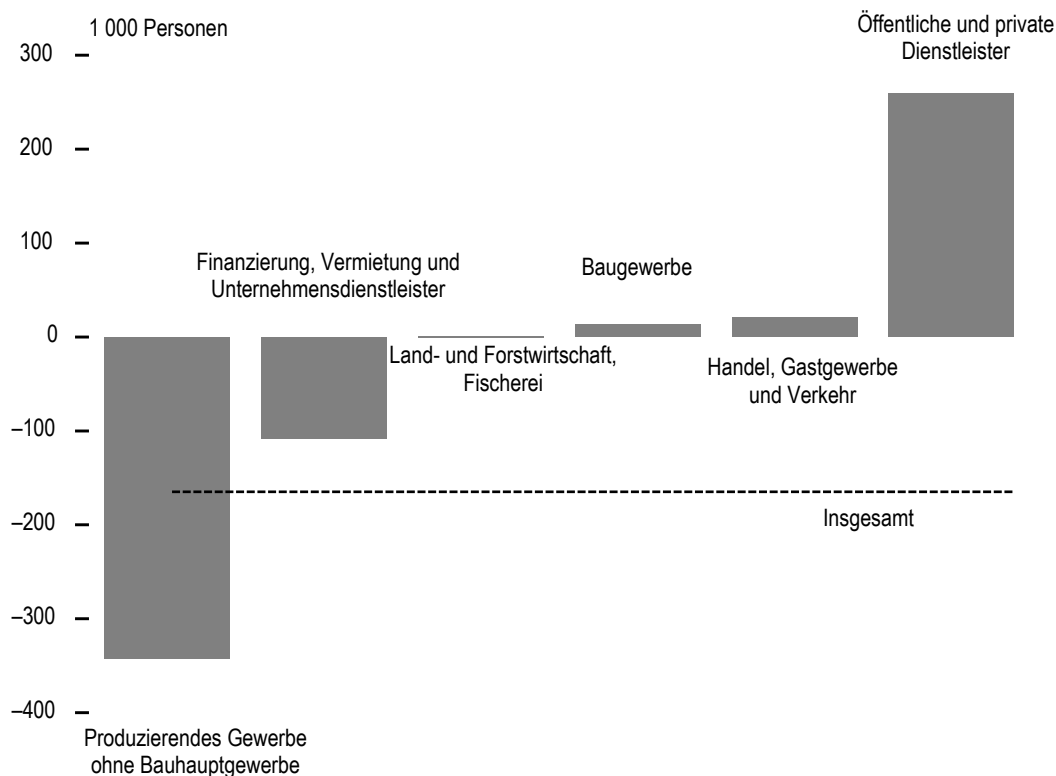
^aSaisonbereinigte Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.).

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im vergangenen Jahr verlief je nach Branche sehr unterschiedlich; keineswegs alle Wirtschaftsbereiche befanden sich in einer Rezession (Abbildung 19). Im Vorjahresvergleich sind Rückgänge von 342 000 Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und von 108 000 im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister zu verzeichnen. Ein leichtes Plus gab es dagegen im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+1 000), im Baugewerbe (+13 000) und im Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+21 000). Der größte Anstieg der Erwerbstätigkeit fand bei öffentlichen und privaten Dienstleistern statt (+259 000). Hier setzte sich der bereits seit Jahren bestehende Positivtrend ungeachtet der Krise fort; er hat sich in den vergangenen zwei Jahren sogar etwas beschleunigt. Deutliche Rückgänge der Erwerbstätigkeit in manchen Branchen werden also von Zuwächsen in anderen Wirtschaftszweigen zum Teil kompensiert, so dass sich im Aggregat nur ein relativ geringes Minus bei der Erwerbstätigkeit ergibt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar saisonbereinigt erneut nur leicht gestiegen und lag bei 3,4 Mill. (Quote: 8,2 Prozent). Der Verlauf der Zahl der Arbeitslosen im vergangenen halben Jahr ist allerdings maßgeblich von einer Umstellung in der Zählweise seitens der Bundesagentur für Arbeit (BA) beeinflusst worden. Seit Mai 2009 werden Personen, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt werden, zu den sogenannten Teilnehmern an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und somit nicht mehr als arbeitslos gezählt. Seitdem sind sie nach und nach aus der offiziellen Zahl der Arbeitslosen „herausgefallen“. Diese Personen werden von der BA unter „Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne“ erfasst. Die geänderte Erfassung von Arbeitslosen spiegelt sich im deutlichen Auseinanderlaufen beider Zeitreihen wider (Abbildung 20). Unter der Annahme, dass ohne Umstellung der Statistik die Differenz zwischen offizieller Arbeitslosigkeit und „Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne“ konstant geblieben wäre, läge die Zahl der Arbeitslosen im Februar bei 3,6 Mill. (Quote: 8,8 Prozent)

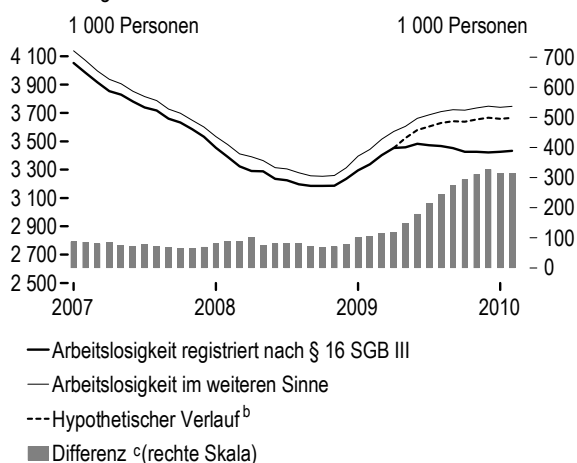
Abbildung 19:
Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen^a



^aVeränderung der Zahl der Erwerbstätigen in 2009 IV (Vorjahresvergleich).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (Ifd. Jgg.).

Abbildung 20:
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne 2007–2010^a



^aSaisonbereinigt. — ^bArbeitslosigkeit im weiteren Sinne abzüglich durchschnittliche Differenz beider Zeitreihen vor Umstellung der Statistik. — ^cArbeitslosigkeit im weiteren Sinne abzüglich Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

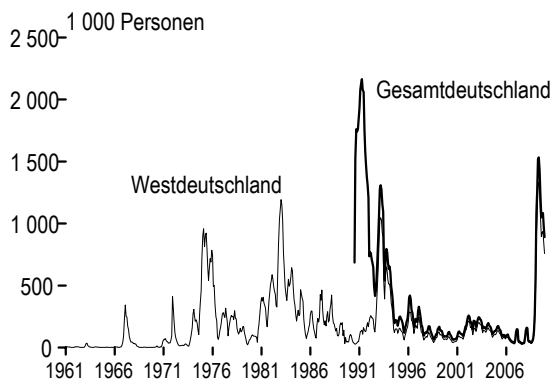
und wäre somit um 230 000 höher. Anhand des Verlaufs dieser hypothetischen Zeitreihe lässt sich darüber hinaus erkennen, dass sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten bemerkenswerterweise verlangsamt hat.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist im Verlauf des vierten Quartals 2009 weiter gesunken – eine Entwicklung, die sich mit den Erfahrungen aus früheren Rezessionen deckt (Abbildung 21); sie lag im Dezember bei 890 000. Der durchschnittliche Arbeitsausfall über alle Kurzarbeiter betrug weiterhin ungefähr ein Drittel. Die Zahl der in den Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit betroffenen Personen stagniert seit August 2009 bei rund 100 000, so dass in den kommenden Monaten eine weitere Abnahme der Kurzarbeit zu erwarten ist.

Der Lohnanstieg hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2009 weiter beruhigt. Der Tariflohn je Stunde stieg im vierten Quartal 2009 abermals

merklich langsamer als im Vorquartal. Der Vorjahresvergleich verminderte sich von 2,7 Prozent im zweiten Quartal auf 1,5 im vierten. Die Lohndrift auf Stundenbasis wurde, vor allem infolge der rückläufigen Kurzarbeit, negativ.

Abbildung 21:
Zahl der Kurzarbeiter 1961–2009



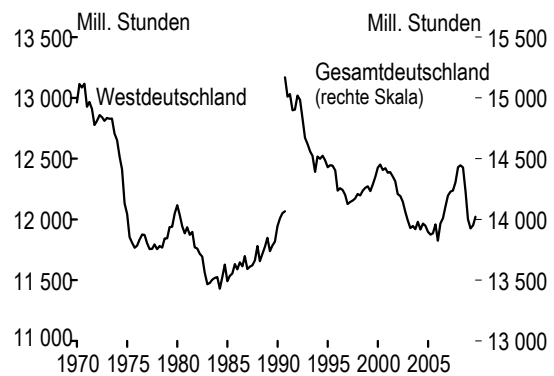
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.).

Die vorliegenden Tarifabschlüsse lassen für da Jahr 2010 eine weitere Verlangsamung des Tariflohnanstiegs erwarten. Der Abschluss im öffentlichen Dienst fiel mit reichlich 1 Prozent moderat aus und auch die vornehmlich auf die Beschäftigungssicherung abzielende Vereinbarung im Metallbereich blieb gemäßigt. Für die Gesamtwirtschaft rechnen wir vor diesem Hintergrund mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der tariflichen Stundenlöhne um 1,4 Prozent. Effektiv dürften die Stundenlöhne im Jahr 2010 allerdings um nur 0,6 Prozent steigen, vor allem weil mit der weiter rückläufigen Kurzarbeit die außertariflich gezahlten Zuschüsse sukzessive entfallen. Auch dürften angesichts der verschlechterten Arbeitsmarktlage weitere außertarifliche Zulagen gestrichen werden. Bei wenig veränderten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber werden die Arbeitskosten nominal geringfügig, real sogar deutlich sinken. Im Jahr 2011 dürften die Tariflöhne etwas rascher steigen (1,5 Prozent), die Effektivlöhne werden sich voraussichtlich im selben Ausmaß erhöhen. Die Arbeitskosten sinken nominal abermals leicht und real spürbar (-1,2 Prozent). Bei der Beur-

teilung der Wirkungen der Arbeitskostenentwicklung auf die Beschäftigung ist in Rechnung zu stellen, dass die realen Lohnstückkosten (reale Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität) im Jahr 2009 deutlich gestiegen sind. Der Rückgang der realen Arbeitskosten in den Jahren 2010 und 2011 macht diesen Anstieg nicht ganz wett. Die Arbeitsnachfrage erhält im Prognosezeitraum insofern von der Arbeitskostenentwicklung Impulse, es wirken jedoch gleichzeitig noch dämpfende Effekte aus dem Vorjahr nach.

Unsere Einschätzung über die künftige Entwicklung des Arbeitsvolumens hat sich vor diesem Hintergrund nicht grundlegend geändert. Der Anstieg der geleisteten Stunden der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2009 trotz Stagnation beim Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 22) dürfte im ersten Quartal 2010 korrigiert worden sein. Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums erwarten wir dennoch eine – wenn auch nur leichte – Aufwärtstendenz, die sich im kommenden Jahr bei anziehender Konjunktur beschleunigen dürfte.

Abbildung 22:
Arbeitsvolumen 1970–2009^a



^aGeleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland, saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.).

Die darauf aufbauende Prognose der Zahl der Erwerbstätigen hängt entscheidend vom projizierten Verlauf der Arbeitszeit je Erwerbstätigen ab, die in der Rezession sehr deutlich gesunken war. Entgegen unserer Prognose vom

Kasten 1:

Zur Entwicklung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen

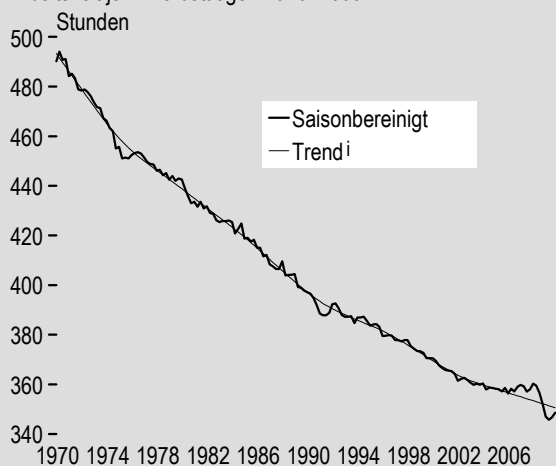
Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen geht seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück (Abbildung K1-1). Wurden im Jahr 1970 noch rund 490 Stunden je Quartal bzw. 37,6 Stunden je Woche gearbeitet, so sank diese Zahl bis unmittelbar vor Ausbruch der Krise auf knapp 360 bzw. 27,6 Stunden (-27 Prozent).

Während für den Rückgang der Arbeitszeit bis Mitte der 1990er Jahre vor allem die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, die Ausweitung des Urlaubsanspruchs und die Reduzierung der durchschnittlichen Überstundenzahl verantwortlich waren, geht die Verringerung der Arbeitszeit seitdem ausschließlich auf die Ausweitung der Teilzeitarbeit zurück (Wanger 2008). Das Wachstum der Teilzeitbeschäftigung seinerseits ist ungebrochen (Abbildung K1-2). Die Hauptursachen werden hierbei weniger im sektoralen Strukturwandel, in Veränderungen der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Beschäftigung oder in der Ausweitung teilzeitbegünstigender, arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen gesehen, sondern vielmehr in teilzeitimmanenten Faktoren (Walwei und Werner 1995, Klinger und Wolf 2008a, 2008b). Aufgrund der Vorteile der Teilzeitbeschäftigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie höhere Flexibilität, geringere Kosten oder bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fand in den vergangenen Jahrzehnten eine Präferenzverschiebung hin zu flexibleren Beschäftigungsformen wie der Teilzeitarbeit statt. Beispielsweise äußerten im Sozio-ökonomischen Panel aus dem Jahr 1997 45 Prozent der Erwerbstätigen in Westdeutschland und 54 Prozent der Erwerbstätigen in Ostdeutschland den Wunsch nach einer Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um mindestens drei Stunden bei entsprechenden Einkommenseinbußen (Buschoff 2000: 36).

Im Zeitraum 2006 bis 2008 wich die Arbeitszeit je Erwerbstätigen allerdings außergewöhnlich stark von ihrem langjährigen Trend ab. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung übte die zunehmende Verbreitung von flexiblen Arbeitszeitregelungen im Rahmen von Tarifverträgen (vor allem Arbeitszeitkonten) aus. Die Unternehmen nutzten diese, um im Zuge des Aufschwungs über einen Überstundenaufbau in größerem Umfang von der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit abzuweichen. Laut Groß und Schwarz (2008) stieg der Anteil der Beschäftigten in Gleitzeitarbeit (dem „Vorläufermodell“ der Arbeitszeitkonten) von 14 Prozent im Jahr 1987 auf 28 Prozent im Jahr 1995; nach dem Übergang zu den Arbeitszeitkonten stieg der Anteil dann von 38 Prozent im Jahr 1999 auf 47 Prozent im Jahr 2007.

Es lässt sich also feststellen, dass der Wachstumstrend der Teilzeitbeschäftigung anhält, da die für das Wachstum der Teilzeitbeschäftigung verantwortlichen Faktoren auf mittlere Sicht voraussichtlich nicht an Bedeutung verlieren werden, so dass eine signifikante Abschwächung des langjährigen Trends der Arbeitszeit je Erwerbstätigen unwahrscheinlich ist.

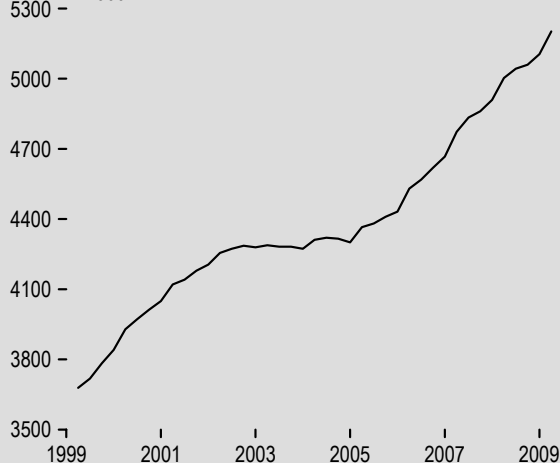
Abbildung K1-1:
Arbeitszeit je Erwerbstätigen 1970–2009



ⁱHodrick-Prescott-Filter (Lambda=1600) auf Basis des Zeitraums bis Q3 2008.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Ifd. Jgg.), eigene Berechnungen.

Abbildung K1-2:
Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung 1999–2009
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Zeitreihen ab 1999*.

Tabelle 7:
Arbeitsmarkt 2008–2011 (1 000 Personen)

	2008	2009	2010 ^a	2011 ^a
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	57 583	55 956	55 996	56 041
Erwerbstätige (Inland)	40 279	40 265	40 124	40 166
Selbständige ^b	4 434	4 413	4 408	4 413
Arbeitnehmer (Inland)	35 845	35 853	35 716	35 753
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 527	27 477	27 333	27 362
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 865	4 932	4 965	4 962
Pendlersaldo	59	60	60	60
Erwerbstätige (Inländer)	40 220	40 206	40 064	40 106
Arbeitnehmer (Inländer)	35 786	35 793	35 656	35 693
Registrierte Arbeitslose	3 268	3 423	3 443	3 275
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	7,8	8,2	8,2	7,9
Erwerbslosenquote ^d (Prozent)	7,2	7,6	7,6	7,4

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cAbgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^dStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

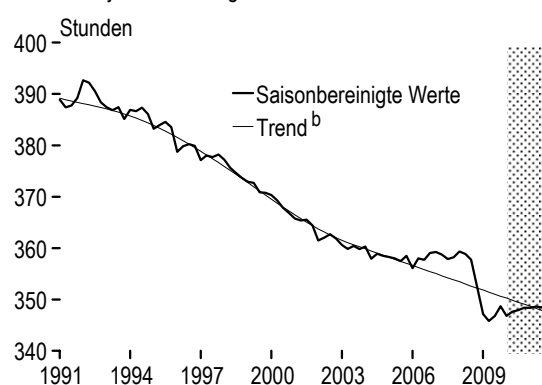
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (Ifd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (Ifd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

vergangenen Dezember gehen wir nunmehr davon aus, dass die Arbeitszeit in diesem und im nächsten Jahr nur leicht steigen wird (Abbildung 23). Hintergrund ist der langjährige Trend zum Rückgang der Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Dieser dürfte sich, anders als bisher unterstellt, in den vergangenen Jahren kaum abgeschwächt haben, denn die Hauptursache für den Rückgang der Arbeitszeit, die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, hat sich unvermindert fortgesetzt (Kasten 1). Die in den Jahren 2006 bis 2008 zu beobachtende Stagnation der Arbeitszeit kann als Abweichung vom langjährigen Trend interpretiert werden, die der guten Konjunktur in Verbindung mit flexibleren tarifvertraglichen Arbeitszeitregelungen, insbesondere der verstärkten Nutzung von Arbeitszeitkonten, geschuldet war.

Bei den prognostizierten Verläufen für das Arbeitsvolumen und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen errechnet sich für die Erwerbstätigkeit nur noch ein leichter Rückgang im weiteren Jahresverlauf. Im Jahresdurchschnitt 2010 liegt die Zahl der Erwerbstätigen bei 40,1 Millionen; das sind 140 000 oder 0,4 Prozent weniger als im Vorjahr (Tabelle 7). Im Verlauf des Jahres 2011 hingegen wird die Erwerbstätigkeit im Zuge der sich leicht beschleunigenden Erholung wieder steigen (+200 000 Personen); im Jahresschnitt ergibt sich aufgrund des Unterhangs nur ein leichtes Plus von 0,1 Prozent.

nigenden Erholung wieder steigen (+200 000 Personen); im Jahresschnitt ergibt sich aufgrund des Unterhangs nur ein leichtes Plus von 0,1 Prozent.

Abbildung 23:
Arbeitszeit je Erwerbstätigen 1991–2011^a



^a2010 I bis 2011 IV Prognose. — ^bBerechnet mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Der leichte Rückgang der Erwerbstätigkeit im laufenden Jahr wird sich auch aufgrund des sich fortsetzenden Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials kaum in der Zahl der Arbeitslo-

sen niederschlagen.⁷ Für den Jahresdurchschnitt rechnen wir mit 3,4 Mill. Arbeitslosen (Quote: 8,2 Prozent) und mit fast keiner Veränderung zum Vorjahr. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosigkeit im Zuge der steigenden Erwerbstätigkeit und begünstigt durch den weiteren Rückgang des Erwerbspersonenpotentials hingegen merklich sinken; wir erwarten 3,3 Mill. Arbeitslose (Quote: 7,9 Prozent) im Jahresdurchschnitt.

Budgetdefizit des Staates bleibt hoch

Die Ausgaben des Staates haben im Jahr 2009 rezessionsbedingt und infolge der Konjunkturprogramme um 5 Prozent zugenommen. Im Jahr 2010 wird sich der Anstieg der Ausgaben wohl auf 2,8 Prozent abschwächen. Die öffentlichen Investitionen werden infolge der Konjunkturpakete zwar nochmals ausgeweitet. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden aber um nur reichlich 1 Prozent angehoben; auch die sozialen Sachleistungen und die monetären Sozialleistungen dürften merklich verlangsamt expandieren (Tabelle 8). Eine Kürzung der Altersrenten ab Juli 2010, die aufgrund der Lohnentwicklung im Jahr 2009 angezeigt wäre, wird allerdings durch einen Eingriff in die Rentenformel verhindert. Im Jahr 2011 wird sich der Anstieg der Ausgaben des Staates wohl auf 0,7 Prozent abschwächen. Die Investitionen dürften stagnieren, die Zunahme der monetären Sozialleistungen wird sich – auch konjunkturbedingt – sehr stark abflachen. Die gesamten Ausgaben des Staates dürften sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 auf 47,9 Prozent und im Jahr 2011 auf 46,9 Prozent belaufen, nach 47,6 Prozent im Jahr 2009.

Die Einnahmen des Staates haben im Jahr 2009 rezessionsbedingt und infolge der Abgabensenkungen stark abgenommen. Wegen kräf-

tiger Steuerentlastungen werden sie im Jahr 2010 nicht steigen; das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte allerdings zunehmen, zumal viele Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben werden. Im Jahr 2011 wird das Beitragsaufkommen wohl beschleunigt zunehmen. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge wird sich zum Jahresbeginn 2011 erhöhen, weil nach derzeitiger Rechtslage der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3 Prozent angehoben wird; darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass Krankenkassen vermehrt Zusatzbeiträge erheben werden. Die gesamten Einnahmen werden im Jahr 2011 – bei wenig verändertem Steueraufkommen – nur geringfügig steigen.

Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen belief sich im Jahr 2009 auf rund 79 Mrd. Euro. Im Jahr 2010 wird das Defizit wohl stark steigen. Es dürfte im Jahr 2011 angesichts der Einkommensteuersenkung trotz einzelner Einsparmaßnahmen nicht sinken, obwohl die Kapazitätsauslastung dann deutlich steigen wird. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wird es dann wohl 5,1 Prozent betragen, nach 5,2 Prozent im Jahr 2010 (Tabelle 9).

Die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich im Jahr 2010 dadurch verschlechtern, dass der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahresdurchschnitt niedriger als im Jahr 2009 sein wird. Allerdings wird der Zuschuss des Bundes um rund 20 Mrd. Euro erhöht werden. Das Defizit der Sozialversicherung insgesamt dürfte deshalb sinken. Die gesetzliche Krankenversicherung wird im Jahr 2010 durch einen kräftig erhöhten Zuschuss des Bundes gestützt werden, die Rentenversicherung dagegen wird ihr Defizit durch Entnahmen aus der Rücklage decken können. Die Arbeitslosenversicherung hatte Ende des Jahres 2009 nur noch geringe Reserven und wird im Jahr 2010 wohl einen Zuschuss des Bundes in Höhe von 12 Mrd. Euro erhalten.

Im Jahr 2011 wird sich die finanzielle Situation der Sozialversicherung konjunkturbedingt zwar deutlich entspannen; wegen der entfallenden zusätzlichen Zuschüsse des Bundes wird aber ein Defizit in Höhe von 13 Mrd. Euro ent-

⁷ Seit Januar hat die im vergangenen Jahr seitens der BA geänderte Zählweise der Arbeitslosen keinen Einfluss mehr auf deren Verlauf; ein Niveauunterschied bleibt allerdings permanent bestehen.

stehen, wenn nicht Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden. Wir unterstellen keine konkreten Maßnahmen. Dies impliziert, dass der Bund

Darlehen an die Gesetzliche Krankenversicherung und an die Arbeitslosenversicherung zahlen wird.

Tabelle 8:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2008–2011 (Mrd. Euro)^a

	2008	2009	2010	2011
Steuern	592,6	562,9	547,8	547,9
Sozialbeiträge	408,1	411,1	414,6	421,8
Sonstige Einnahmen	91,1	92,0	88,3	88,0
Einnahmen	1 091,8	1 066,0	1 050,7	1 057,7
Arbeitnehmerentgelt	172,1	177,0	178,8	180,4
Vorleistungen	106,6	113,9	117,3	120,7
Soziale Sachleistungen	185,8	196,8	203,5	210,2
Bruttoinvestitionen	37,4	40,1	41,5	41,6
Geleistete Vermögenseinkommen	67,1	63,5	65,7	68,7
Monetäre Sozialleistungen	421,6	444,0	458,4	460,7
Subventionen	28,0	32,8	33,7	31,6
Sonstige laufende Übertragungen	40,3	44,8	50,0	48,1
Vermögensübertragungen	33,2	33,4	29,8	24,8
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,1	-1,1	-1,1
Ausgaben	1 090,8	1 145,3	1 177,4	1 185,7
Finanzierungssaldo	1,0	-79,3	-126,7	-128,0
Einnahmen der Gebietskörperschaften ohne Transfers von der Sozialversicherung	703,1	674,7	656,6	656,9
Transfers der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften	5,0	4,9	5,0	5,0
Einnahmen der Gebietskörperschaften	708,1	679,5	661,6	661,9
Ausgaben der Gebietskörperschaften ohne Transfers an die Sozialversicherung	617,1	642,7	661,1	664,0
Transfers an die Sozialversicherung	98,2	104,1	124,0	112,7
Ausgaben der Gebietskörperschaften	715,2	746,8	785,1	776,7
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-7,2	-67,2	-123,5	-114,8
Einnahmen der Sozialversicherung ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	388,8	391,4	394,1	400,8
Einnahmen der Sozialversicherung	487,0	495,5	518,1	513,5
Ausgaben der Sozialversicherung ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	473,8	502,7	516,3	521,7
Ausgaben der Sozialversicherung	478,8	507,6	521,3	526,7
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	8,2	-12,1	-3,2	-13,2

^aAbweichung der Summen durch Runden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 9:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2000–2011^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozial- beiträge	Sonstige Einnah- men ^c	Budget- saldo
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,2	17,9	3,2	-3,8
2005	46,8	22,5	17,7	3,3	-3,3
2006	45,4	23,3	17,2	3,3	-1,6
2007	43,7	24,2	16,5	3,2	0,2
2008	43,7	24,3	16,4	3,0	0,0
2009	47,6	23,8	17,1	3,4	-3,3
2010 ^e	47,9	22,7	16,9	3,1	-5,2
2011 ^e	46,9	22,1	16,7	3,0	-5,1

^aAbgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ab 2009 einschließlich Teile der privaten Krankenversicherung. —

^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.5* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Zur Unsicherheit bei der Prognose in der Finanzkrise

Die Konjunkturprognose ist derzeit mit einer besonders großen Unsicherheit behaftet. Diese Aussage ist kein Truismus, sondern sie hat verschiedene Gründe, die mit der Analyse der Finanzkrise selbst zu tun haben oder mit den Risiken, die vor allem aus der Reaktion der Wirtschaftspolitik folgen.

1. Der Produktionseinbruch war in dieser Rezession ungewöhnlich schwer, und er kann durch die in der Konjunkturanalyse und -prognose verwendeten Modelle nicht vollständig erklärt werden. Deshalb ist es fraglich, ob die Modelle jetzt, da die große Unsicherheit, die im Winterhalbjahr 2008/09

herrschte, gewichen ist, wieder so „funktionieren“ wie in normalen Zeiten.

2. Die Erfahrungen mit früheren Krisen zeigen, dass die Diskrepanz zwischen relativ günstigen und relativ ungünstigen Verläufen der Konjunktur nach einem Einbruch enorm ist. Es scheint zwar so zu sein, dass die Regel: „Auf eine Maxi-Rezession folgt immer ein Maxi-Boom“ (Herbert Giersch) gewöhnlich zutrifft.⁸ Diese Regel wird aber dann unterbrochen, wenn eine Rezession mit einer Finanzkrise einhergeht.⁹
3. Eine Finanzkrise ist erfahrungsgemäß mit einer Abnahme des Produktionspotentials (relativ zur Basisannahme) verbunden, sei es, weil das Potentialwachstum vor dem Ausbruch der Krise zu hoch angesetzt wurde, oder sei es, weil das Produktionspotential infolge der Krise sinkt. Entsprechend werden die Einkommenserwartungen nach unten korrigiert. Wie stark dieser Effekt ist und wie viel Zeit der Anpassungsprozess braucht, ist unsicher.
4. Zwar hat die Wirtschaftspolitik in dieser Krise massiver reagiert als in Krisen der Vergangenheit. So ist es durchaus möglich, dass deshalb auch die Erholung rascher erfolgt. Allerdings ist zu bedenken, dass derzeit sehr viele Länder betroffen sind, während frühere Krisen nur in einzelnen Ländern (z.B. in Schweden 1991) oder Regionen (z.B. in Asien gegen Ende der 1990er Jahre) auftraten.
5. Als Folge der massiven Reaktion der Politik ergeben sich möglicherweise neue Probleme. So ist nicht auszuschließen, dass die ungewöhnlich kräftige Ausweitung der Liquidität die Preise an den Finanz- und Rohstoffmärkten aufgebläht hat. Nicht nur ist es schwierig, dies sicher zu identifizieren. Auch ist es nicht möglich, den Zeitpunkt

⁸ Diese Regel besagt dasselbe wie die Analysen zur „current depth of recession“, nach denen die Schärfe des Abschwungs mit der Stärke des folgenden Aufschwungs korreliert.

⁹ Boysen-Hogrefe et al. (2009: Kasten 1) sowie Boysen-Hogrefe et al. (2010b).

und die Stärke der möglichen Korrektur genau vorherzusagen.

6. Die massive Lockerung der Geldpolitik war die richtige Antwort auf die Krise. Wenig Erfahrungswerte gibt es jedoch darüber, ob das Ausmaß angemessen war und über welche Kanäle die Geldpolitik letztlich wirkt. Mithin ist es auch schwer abzuschätzen, ob den rezessiven Kräften, die sich als Folge der Finanzkrise ergeben, tatsächlich genügend entgegengewirkt wird oder ob – ähnlich wie in Japan in den 1990er Jahren – sogar deflationäre Tendenzen die Oberhand gewinnen werden. Umgekehrt ist es möglich, dass mittelfristig mehr Inflation droht, wenn die Geldpolitik zu expansiv war oder der Kurs nicht rasch genug korrigiert wird.
7. Über die Wirkungen des Ausstiegs aus der expansiven Geldpolitik gibt es ebenfalls wenig Erfahrungswerte. Es ist möglich, dass die Rücknahme des Kurses nicht reibungslos funktioniert, sondern zu einer größeren Volatilität an den Märkten führt. Ähnliches gilt, wenn man den Ausstieg mehrerer Notenbanken betrachtet: Gehen sie im Gleichschritt und mit gleichem Ehrgeiz vor oder gibt es Unterschiede hinsichtlich des Gewichts, das sie der Preisniveaustabilität beimessen? In letzterem Fall wären größere Ausschläge bei Wechselkursen nicht auszuschließen. Wenn beispielsweise, wie vielfach erwartet wird, die amerikanische Notenbank bereit wäre, mehr Inflation zuzulassen als die EZB, würde der Euro wahrscheinlich kräftig aufwerten; dies würde die Erholung im Euroraum und damit auch in Deutschland beeinträchtigen.
8. Unsicherheit entsteht auch daraus, dass die Staatsverschuldung in den Industrieländern beschleunigt zugenommen hat. Es ist abzusehen, dass sich der Anstieg noch einige Jahre fortsetzt. Damit ergibt sich das Risiko, dass der Druck auf die Notenbanken, mehr Inflation zuzulassen, zunimmt. Auch aus diesem Grund könnten die Märkte eine höhere Risikoprämie fordern, und die Kapitalmarktzinsen würden anziehen. Wann dieser Punkt erreicht ist, lässt sich nicht

prognostizieren.¹⁰ Das Beispiel Griechenlands und anderer Länder innerhalb des Euroraums zeigt jedoch, dass solche Umschwünge an den Märkten sehr schnell und sprunghaft erfolgen können. Höhere Zinsen wären nicht nur ein Hindernis für den Aufschwung. Eine Zuspitzung der Lage bei den öffentlichen Finanzen könnte dazu führen, dass Regierungen mit drastischen Maßnahmen reagieren, welche die Wachstumsaussichten dämpfen.

9. Es ist nicht auszuschließen, dass es doch noch zu einer ausgeprägten Kreditklemme kommt, weder für Deutschland (Boysen-Hogrefe et al. 2010a) noch für andere Länder. In einem solchen Falle würde die konjunkturelle Expansion ebenfalls beeinträchtigt.

Alles in allem sind die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in nächster Zeit sehr groß. Wir messen ihnen zwar eine gewisse Wahrscheinlichkeit bei, unterstellen aber bei unserer Prognose, dass keines der großen Risiken tatsächlich eintritt. Dennoch herrscht wegen der Risiken eine große Unsicherheit. Diese dürfte die konjunkturelle Erholung in nächster Zeit belasten.

Ausblick: Konjunkturelle Erholung gewinnt allmählich an Breite

Nach einem schwachen Start dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf dieses Jahres wieder zulegen (Tabelle 10). Dabei wird das Expansionstempo allerdings moderat sein – abgesehen von dem Aufholeffekt, der zu erwarten ist, wenn die Bauinvestitionen kräftig zulegen, weil der witterungsbedingte Produkti

¹⁰ „... the question is when markets will start putting pressure on governments, not if“ (Ceccchetti et al. 2010: 1). Rogoff (2009) spricht von der Gefahr einer zweiten Welle der Finanzkrise infolge der hohen Staatsverschuldung.

Tabelle 10:

 Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2009–2011^a

	2009				2010				2011			
	I	II	III	IV	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	-13,4	1,8	2,9	0,0	-1,5	4,0	1,0	1,5	1,7	2,0	2,0	2,0
Private Konsumausgaben	3,1	3,5	-3,9	-3,7	1,0	2,5	2,4	2,0	1,5	1,5	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	5,9	2,1	4,8	-2,2	2,6	1,4	1,4	1,4	0,7	1,1	0,9	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	-55,8	-1,8	3,2	-5,9	1,0	1,8	9,6	20,4	0,9	3,8	5,4	6,9
Bauinvestitionen	0,7	5,9	3,0	-2,0	-13,1	20,5	5,0	5,9	2,9	2,6	2,9	2,7
Sonstige Anlagen	-10,3	11,1	12,9	11,3	3,3	4,1	11,9	5,4	5,2	6,1	7,7	9,2
Vorratsveränderungen ^c	-1,7	-7,9	5,8	-4,4	1,1	3,4	-1,2	-1,8	0,7	0,8	0,6	0,5
Inländische Verwendung	-4,4	-5,3	5,5	-8,0	1,1	7,7	1,9	2,0	2,3	2,6	2,6	2,6
Ausfuhr	-35,4	-2,7	14,1	12,6	7,0	5,0	6,0	6,5	6,5	6,5	6,0	6,0
Einfuhr	-20,0	-18,9	22,4	-7,1	15,0	15,0	9,0	8,5	8,5	8,5	8,0	8,0
Außenbeitrag ^c	-9,4	5,5	-1,4	8,5	-2,1	-3,0	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige im Inland ^d	40 336	40 273	40 235	40 220	40 224	40 126	40 093	40 055	40 094	40 133	40 201	40 238
Arbeitslose ^d	3 345	3 464	3 463	3 424	3 430	3 448	3 446	3 449	3 385	3 321	3 228	3 166

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

onsausfall ausgeglichen wird. Die Inlandsnachfrage wird vor allem durch die staatlichen Maßnahmen angeregt. So profitieren die privaten Haushalte von spürbaren Steuerentlastungen. Auch ist mit einem nur geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Alles in allem werden die real verfügbaren Einkommen deutlich zunehmen, so dass die privaten Konsumausgaben im Verlauf des Jahres recht kräftig ausgeweitet werden. Daneben dürften die öffentlichen Bauinvestitionen deutlich zulegen, gefördert durch die staatlichen Investitionsprogramme. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte die Talsohle erreicht sein. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung immer noch sehr niedrig, die Absatzerwartungen der Unternehmen haben sich aber aufgehellt. Die Exportnachfrage wird lebhaft bleiben. Allerdings dürften die Impulse begrenzt sein, da die konjunkturelle Expansion in den wichtigsten Handelspartnerländern nur verhalten sein wird. So nimmt das reale Bruttoinlandsprodukt in den Industrieländern, insbesondere im Euro-Raum, weiterhin nur sehr mäßig zu (Boysen-Hogrefe et al. 2010c). Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird im Jahr 2010 gering ausfallen, da die Importe im Jahresverlauf stärker expandieren werden als die Exporte. Alles in allem erwarten wir, dass die konjunkturelle

Erholung etwas an Breite gewinnt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um voraussichtlich 1,2 Prozent steigen (Tabelle 11).

Die Unsicherheit für die Prognose haben wir anhand von Konfidenzintervallen dargestellt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die verwendeten Prognosefehler auf die „normalen“ Zyklen in der Vergangenheit beziehen. Wegen der Finanzkrise ist die Unsicherheit derzeit deutlich größer. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von -0,1 bis +2,5 Prozent (Abbildung 24).

Der Preisauftrieb wird verhalten bleiben, voraussichtlich wird die Inflationsrate im Jahr 2010 mit 0,6 Prozent jedoch etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Lage wohl weiterhin relativ günstig sein. So wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt kaum steigen, gleichzeitig geht die Zahl der Kurzarbeiter spürbar zurück. Die Zahl der Arbeitslosen wird mit reichlich 3,4 Mill. Personen nur wenig höher sein als im Jahr 2009. Das Budgetdefizit des Staates wird etwas mehr als 5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich die Erholung in leicht beschleunigtem

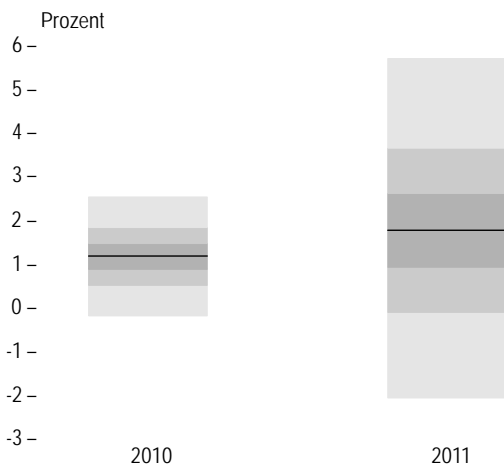
Tabelle 11:
 Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2008–2011

	2008	2008	2009 ^a	2010 ^a	2011 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,3	-5,0	1,2	1,8
Private Konsumausgaben		0,4	0,2	0,2	1,8
Konsumausgaben des Staates		2,1	3,0	1,5	1,1
Anlageinvestitionen		3,1	-8,9	2,2	5,2
Ausrüstungsinvestitionen		3,3	-20,5	2,7	6,6
Bauinvestitionen		2,6	-0,8	1,5	4,4
Sonstige Anlagen		5,3	4,9	7,8	6,7
Vorratsveränderung ^b		0,4	-0,9	0,1	0,3
Inländische Verwendung		1,7	-2,1	1,0	2,6
Ausfuhr		2,9	-14,2	7,9	6,1
Einfuhr		4,3	-8,9	8,1	8,8
Außenbeitrag ^b		-0,3	-3,0	0,3	-0,7
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 495,8	2,8	-3,5	2,1	2,8
Private Konsumausgaben	1 409,7	2,5	0,4	1,0	2,6
Konsumausgaben des Staates	451,8	3,7	4,7	2,6	2,4
Anlageinvestitionen	474,7	7,4	-14,5	3,0	7,1
Ausrüstungsinvestitionen	201,8	2,7	-21,6	1,5	5,6
Bauinvestitionen	245,0	5,8	0,1	2,6	5,9
Sonstige Anlagen	27,9	1,6	-2,2	1,5	2,0
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	3,9	3,9	-21,2	-17,8	-11,7
Inländische Verwendung	2 340,1	3,7	-1,8	1,7	3,4
Ausfuhr	1 179,4	3,5	-16,7	8,6	6,7
Einfuhr	1 023,7	5,8	-14,8	8,3	8,6
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	155,7	155,7	109,9	122,0	111,6
Bruttonationaleinkommen	2 537,0	2,4	-3,4	1,7	2,6
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	1,5	0,9	1,0
Private Konsumausgaben		2,1	0,1	0,8	0,7
Konsumausgaben des Staates		1,6	1,7	1,1	1,3
Ausrüstungsinvestitionen		-0,6	-1,4	-1,3	-1,0
Bauinvestitionen		3,1	0,9	1,0	1,4
Sonstige Anlagen		-3,6	-6,8	-5,9	-4,4
Ausfuhr		0,6	-2,9	0,7	0,5
Einfuhr		1,4	-6,4	0,2	-0,1
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		2,6	0,3	0,6	0,8
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		2,5	-3,8	1,8	2,5
Arbeitnehmerentgelte		3,7	-0,1	0,8	1,6
in Prozent des Volkseinkommens		65,0	67,4	66,7	66,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		0,2	-10,6	4,0	4,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		2,7	0,4	1,2	2,6
Sparquote (Prozent)		11,2	11,3	11,6	11,7
Tariflohn		2,8	2,3	1,4	1,5
Lohnstückkosten, real ^c		0,8	3,5	-1,3	-1,2
Produktivität ^d		0,0	-2,2	1,1	1,7
Arbeitslose (1 000)	3 268	3 423	3 443	3 275	
Arbeitslosenquote (Prozent)	7,8	8,2	8,2	7,9	
Erwerbstätige ^e (1 000)	40 279	40 265	40 124	40 166	
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		1,0	-79,3	-126,7	-128,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		0,0	-3,3	-5,2	-5,1
Schuldenstand ^f		65,9	72,2	75,9	79,2

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4* (Ifd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Abbildung 24:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2010 und 2011^a



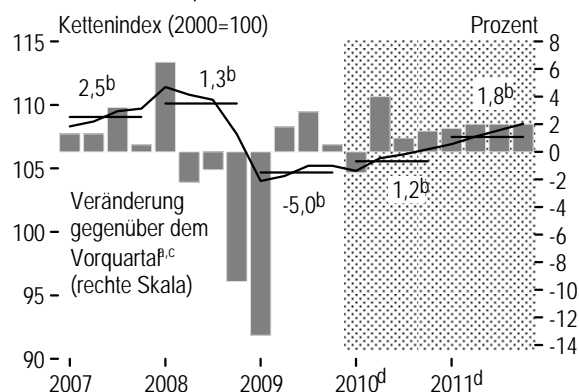
^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im ersten Quartal der Jahre 1994–2008).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tempo fortsetzen (Abbildung 25). Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird mit 1,8 Prozent höher ausfallen als im Jahr 2010, auch weil der statistische Überhang am Jahresende größer sein dürfte als Ende 2009. Gestützt wird die konjunkturelle Expansion erneut durch expansive Maßnahmen des Staates; so unterstellen wir, dass die Einkommensteuer gesenkt wird. Besonders dürfte der private Konsum hiervon profitieren. Er wird ebenfalls angeregt durch den Anstieg der Erwerbstätigkeit; im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen mit knapp 3,3 Mill. Personen niedriger sein als im Vorjahr. Auch die Unternehmensinvestitionen werden vor dem Hintergrund der – wenn auch nur leicht – zunehmenden Kapazitätsauslastung weiter anziehen. Hingegen laufen die Impulse für die Bauwirtschaft allmählich aus, die Bauinvestitionen werden

daher etwas langsamer ausgeweitet werden als im laufenden Jahr. Während die Inlandsnachfrage demnach einen großen Beitrag zum Anstieg der Produktion liefert, lassen die Impulse aus dem Ausland etwas nach, denn voraussichtlich wird die konjunkturelle Expansion in wichtigen Handelspartnerländern etwas an Fahrt verlieren.

Abbildung 25:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2007–2011^a



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2010 I: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Auch im kommenden Jahr wird der Preisaufrtrieb mäßig sein. Die Inflationsrate wird sich nur geringfügig auf 0,8 Prozent erhöhen. Das Budgetdefizit des Staates dürfte abermals etwas mehr als 5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Zwar wird die Lage der öffentlichen Finanzen durch die bessere Konjunktur entlastet. Dem wirkt aber entgegen, dass die Steuern gesenkt werden und bei den Staatsausgaben nur wenig gespart wird.

Literatur

- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009a). Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013. *Monatsbericht des BMF* (Juli): 39–54.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009b). Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz). Via Internet (1. März 2010) <http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetzentwuerfe__Arbeitsfassungen/Entw__Wachstumsbeschleunigungsgesetz.html>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009c). Finanz- und Wirtschaftspolitik. Bundesregierung beschließt neuen Haushaltsentwurf. Via Internet (1. März 2010) <http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4314/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/091216__HH2010,templateId=renderPrint.html>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009d). Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln von Bund und Ländern. *Monatsbericht des BMF* (März): 36–44.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010). Deutsches Stabilitätsprogramm. Aktualisierung Januar 2010. *Monatsbericht des BMF* (Februar): 36–44.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.). *Finanzbericht*. Berlin.
- Boss, A., A. Boss und T. Boss (2008). Der deutsche Einkommensteuertarif: wieder eine Wachstumsbremse? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 9 (1): 102–124.
- Boss, A., J. Boysen-Hogrefe, J. Dovern, D. Groll, C.-P. Meier, B. van Roye und J. Scheide (2009). Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2009*. Kieler Diskussionsbeiträge 468/469. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2009). Weltwirtschaft: Tiefpunkt der Produktion erreicht. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2009*. Kieler Diskussionsbeiträge 466/467. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., J. Dovern, D. Groll, B. van Roye und J. Scheide (2010a). Droht in Deutschland eine Kreditklemme? Kieler Diskussionsbeiträge 472/473. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen und C.-P. Meier (2010b). The Ugly and the Bad: Banking and Housing Crisis Strangle Output Permanently, Ordinary Recessions Do Not. Kieler Arbeitspapiere 1586. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., J. Dovern, K.-J. Gern und C.-P. Meier (2010c). Schwache Konjunktur im Euroraum: Nur langsamer Abbau der Ungleichgewichte. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2010*. Kieler Diskussionsbeiträge 476/477. IfW, Kiel. In Vorbereitung.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Buschoff, K.S. (2000). Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten in der Bundesrepublik Deutschland – Ausmaß, Bewertungen und Präferenzen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 14-15/2000: 32–38.
- Cecchetti, S.G., M.S. Mohanty und F. Zampolli (2010). The Future of Public Debt: Prospects and Implications. Conference Draft. Bank for International Settlements. Via Internet (8. März 2010) <<http://www.bis.org/publ/othp09.pdf?noframes=1>>.
- Deutsche Bundesbank (2010). *Monatsbericht*. Februar. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Bank Landing Survey*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Bankenstatistik*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.

- Eurepo (2010). Historical Data. Via Internet (4. März 2010) <<http://www.eurepo.org/eurepo/historical.html>>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Groß, H. und M. Schwarz (2008). Arbeitszeitarrangements, Altersstrukturen und Corporate Social Responsibility – Ergebnisse einer in 2007 durchgeführten repräsentativen Betriebsbefragung. TU Dortmund, Sozialforschungsstelle. Oktober 2008. Via Internet (4. März 2010) <http://www.arbeit.nrw.de/pdf/arbeit/betriebsbefragung_2007_tu_dortmund.pdf>.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) (lfd. Jgg.). *Konjunkturperspektiven*. München.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) (lfd. Jgg.). *Schnelldienst*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Klinger, S., und K. Wolf (2008a). What Explains Changes in Full-Time and Part-Time Employment in Western Germany? A New Method on an Old Question. IAB Discussion Paper 7/2008. Nürnberg.
- Klinger, S. und K. Wolf (2008b). Teilzeitbeschäftigung: Wachstum aus eigener Kraft. *IAB-Forum* 1: 10–15.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2009). *Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/2010*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Inlandsproduktberechnung – Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.4: Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.5: Inlandsproduktberechnung – Lange Reihen ab 1970*. Wiesbaden.
- Walwei, U., und H. Werner (1995). Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung im internationalen Vergleich – Ursachen, Arbeitsmarkteffekte und Konsequenzen. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28 (3): 365–382.
- Wanger, S. (2008). Jahresarbeitszeit: Das Teilzeitphänomen. *IAB-Forum* 2: 28–33.